

Aalener Jahrbuch

2006-08

Themenschwerpunkt:
Aalen in der Zeit
des Nationalsozialismus
1934 – 1939

Geschichts- und
Altertumsverein Aalen e.V.
Bearbeitet von Roland Schurig

„Das verdanken wir alles unserem Führer!“

Die NSDAP in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre

Am 19. Oktober 1936 wurde vor dem Gaugericht der NSDAP in Stuttgart ein Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen Aalener Ortsgruppenleiter Karl Barth, sowie die Parteigenossen Albert Bieg, Anton Bühler und Notar Feistenauer wegen „parteischädigendem Verhalten“ eröffnet. Alle vier Männer – Kreisleiter Adolf Kling sprach nur noch von einem „Komplott Barth“- sahen sich mit dem Vorwurf konfrontiert, Fridolin Schmid, den Chef der SA-Standarte 247, Kreispersonalamtsleiter und Ratsherrn der Kocherstadt, verleumdet zu haben. Mit ihrer Behauptung, der Obersturmbannführer sei „judenstämmig“, wurde laut Anklage nicht nur dem „alten Kämpfer und führenden Parteigenossen die schuldige Achtung versagt“. Vielmehr seien die Beschuldigten „den über die Abstammung des PG Schmid umgehenden falschen Gerüchten nicht entgegengetreten, sondern [hätten] selbst noch zu deren Verbreitung beigetragen“.¹ Sowohl Inhalt als auch Zeitpunkt der Anklage sind symptomatisch für die Zustände innerhalb der Aalener NSDAP, die im Lauf des Jahres 1936 in zwei Lager zu zerfallen drohte.

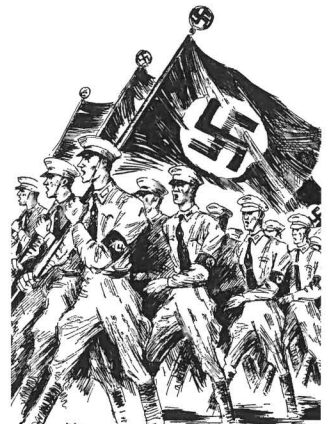
Spannungen und lähmende Unruhe

Bereits im Wahlkampf 1932 hatten Gerüchte über die „nichtarische Abstammung“ Fridolin Schmid für Aufsehen gesorgt. Nachdem der Führer des Sturmbanns III/120 der Standarte in Ulm Papiere vorgelegt hatte, die seinen Stiefvater als Erzeuger auswiesen, schien die Angelegenheit jedoch zunächst erledigt. Als im Herbst 1933 erneut „Gerede“ aufkam, befasste sich die SA-Brigade in Stuttgart mit dem Fall und forderte im Frühjahr 1934 einen eindeutigen „Ariernachweis“ von Schmid.

Was er am 11. Mai 1934 von seiner Mutter Maria Weber erhielt, war jedoch lediglich eine eidesstattliche Erklärung, die besagte, dass Fridolin vor der Verehelichung mit ihrem bereits verstorbenen Mann geboren sei und daher ihren Mädchennamen trage. Als Vater würde nur Michael Weber in Frage kommen. Auf dieser Erklärung wiederum gründete die „Reichsstelle für Sippenforschung“ ihre „erb- und rassekundliche Untersuchung“ vom 23.9.1935, mit dem zweideutigen Ergebnis, dass Schmid „bis zum Beweis des Gegenteils als frei von jüdischem und farbigem Bluteinschlag zu gelten“ hätte.

Vor allem der Aalener Betriebsleiter O.W. Gaupp, der 1932 die Partei wegen des selbstherrlichen Auftretens des SA-Führers enttäuscht verlassen hatte und auf Befehl Schmid im Sommer 1933 für einige Wochen als „Schutzhäftling“ im Konzentrationslager Heuberg inhaftiert worden war, glaubte, diesen Beweis erbringen zu können. Er fuhr nach Winzingen bei Donzdorf und sah das Kirchenbuch ein, das nach Aussage von Notar

*Illustration des Leitartikels
„Württemberg 4 Jahre
nationalsozialistisch“
in der Kocherzeitung v.
26.6.1937, anlässlich des
NSDAP-Gauparteitags in
Stuttgart.*





*Zum letzten Mal
in der Öffentlichkeit:
Obersturmbannführer
Fridolin Schmid
am 24. 10. 1936.*

Faistenauer den Geburtseintrag des Obersturmbannführers samt dem Zusatz „Vater Israelit“ enthielt. Als Schmid davon erfuhr, dass sein Intimfeind in privatem Kreis über seine „Forschungsergebnisse“ sprach, erstattete er am 1. Oktober 1935 Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Ellwangen „wegen übler Nachrede“.

Das Schöffengericht Ellwangen verurteilte O.W. Gaupp am 13. Februar 1936 zu sechs Wochen Gefängnis. Aus der umfangreichen Beweisaufnahme – so die Kocherzeitung – habe sich zweierlei ergeben. Zum einen sei die „einwandfreie arische Abstammung“ Schmidts nunmehr „eindeutig festgestellt“. Zum anderen – und das war für Kreisleiter Adolf Kling das Maßgebliche – würde damit endlich „einer langjährigen Hetze, die sich nicht so sehr gegen die Person des Schmid als gegen die NSDAP selbst richtete, endlich der Boden entzogen“.

Ortsgruppenleiter Barth hielt diese Interpretation nicht nur für sehr eigenwillig, sondern fühlte sich geradezu brüskiert, da er zu Gaupp hielt und damit im schwarz-weiß Schema des Kreis- und NSV-Gauamtsleiters automatisch auf die Seite der Kritiker und Parteigegner geriet. Wenn er gleichzeitig den Verdacht äußerte, dass Adolf Kling wider besseres Wissen „das ganze Verfahren an den Haaren herbeigezogen“ hätte, um ein „warnendes Exempel zu statuieren“, so ist dies ein weiterer Beleg dafür, wie kompliziert und spannungsgeladen die Lage innerhalb der Aalener NSDAP mittlerweile war.

Stützen der Partei, wie Ernst Mutschler, suchten und gingen eigene Wege, die SA wurde zunehmend nervöser, die HJ trat immer fordernder auf. Viele der „alten Kämpfer“, die als Ratsherren tätig waren, mussten zur Kenntnis nehmen, dass sich der neue Aalener Bürgermeister sehr schnell eingearbeitet hatte und eigene Pläne verfolgte.² Wenn Kling auch erst im Rückblick auf das Jahr 1936 von „Renitenz und Egoismus“ in den eigenen Reihen sprach, so ist dies als Bestätigung dafür anzusehen, dass vieles nicht rund oder sogar aus dem Ruder lief. Ob der Kreis und NSV-Gauamtsleiter (seit 1. Januar 1934) dieses offenkundige Resultat seiner Doppelbelastung als Parteifunktionär erkannte, muss offen bleiben.

Dass die innere Distanz zwischen ihm und dem lokalen „Hoheitsträger der Partei“ immer deutlicher zu Tage trat, dürfte er indes nicht übersehen haben. Dieser Riss zwischen Karl Barth und Adolf Kling weitete sich zu einem unüberbrückbaren Graben aus, je mehr die Affäre Fridolin Schmid eskalierte bzw. je verbissener der Kreisleiter an der Überzeugung festhielt, alles daran setzen zu müssen, um Schaden von seinem alten Kampfgefährten und damit von der Partei abzuwenden. Dass er dabei auch vor juristischen Winkelzügen nicht zurückschreckte, schockierte Karl Barth genauso wie ihm die ganze Marschrichtung Adolf Klings zunehmend paradox erschien. Sollte sich die Partei tatsächlich für den „Halbjuden“ Schmid einsetzen, um

nach außen den Schein von Geschlossenheit zu wahren? Nach der Anzeige gegen die Mutter des Obersturmbannführers, die Dr. Arnulf Klett Ende April als Rechtsanwalt O.W.Gaupps bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen Meineids eingereicht hatte, war Maria Weber verhaftet worden. Die Nachricht von der Inhaftierung Schmidts am 5. Juni 1936 wegen des Verdachts auf Beihilfe hatte in Aalen ebenfalls für Aufsehen gesorgt. Über seinen Freispruch wiederum „aus Mangel an Beweisen“ und die gleichzeitige Verurteilung Maria Webers „unter Zubilligung eines Eidesnotstandes“ aufgrund erheblicher „Gedächtnistäuschungen und Erinnerungslücken“ waren Karl Barth und viele andere Parteigenossen in Aalen schlichtweg empört.

Der Ortsgruppenleiter kritisierte scharf das Prozessergebnis und drohte mit seinem Rücktritt als Ratsherr, sollte der SA-Führer und Kreispersonalleiter wieder in das Gremium zurückkehren wollen. Mahnungen Klings, Disziplin zu halten, fruchteten nichts. Barth griff Schmid direkt an und reichte zwei Mal sein Austrittsgesuch aus der NSDAP ein. Wie der ehemalige Parteigenosse Rudolf Schleicher 1947 in einer eidesstattlichen Erklärung bestätigte, wurden diese Gesuche nicht angenommen, da „der Kreisleiter die letzten Auswirkungen fürchtete“. Am 1. September 1936 trat Karl Barth schließlich von seinem Amt als Ortsgruppenleiter der NSDAP zurück. Längst hatte sich eine „lähmende Unruhe unter den Aalener Parteigenossen“ verbreitet, die „jegliche positive Arbeit im Sinne der Bewegung“ verhinderte.

Ein unerwartetes Ergebnis

Anders als ursprünglich geplant, löste der Kreisleiter die Ortsgruppe jedoch nicht auf. Vielmehr fand sich der engste Mitarbeiter Klings, der Ratsherr und NSV-Kreisamtsleiter Frank, bis auf weiteres zur kommissarischen Führung bereit.³ Um die drohende Spaltung zu verhindern, musste nach der Überzeugung Klings nach zwei Seiten agiert werden. Zum einen ging es darum, das „Komplott Barth“ zu zerschlagen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden die Parteiveranstaltungen im Löwenkeller für den Rest des Jahres 1936 drastisch zurückgefahren und das eingangs erwähnte Disziplinarverfahren gegen den Besitzer und „seine Mitstreiter“ vor dem Gaugericht in Stuttgart in Gang gebracht. Zum anderen erhielt der kommissarische Ortsgruppenleiter Frank von Adolf Kling den Auftrag, für den 22. Februar 1937 eine besondere Maßnahme für die Gemeinschaftspflege zu organisieren. Die sogenannte „Garde der alten Kämpfer“ wurde in die Kocherstadt eingeladen, um „die besondere Kameradschaft zu erneuern“. Nach dem Propagandamarsch durch die Stadt beschwor der Kreisleiter im

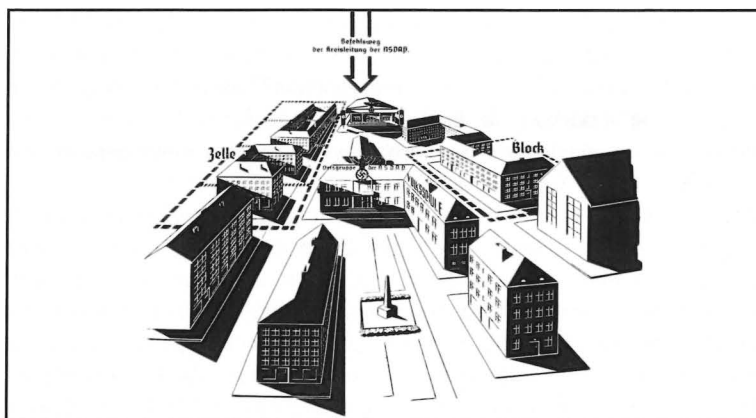
Der Stadtrat und NSV-Kreisleiter Frank übernahm am 1.9.1936 die Funktion des Ortsgruppenleiters und übte das Amt bis zum 21. 2. 1938 kommissarisch aus.



Verstärkte Propaganda:
Ankündigung des Vortrags
von Pg. Mauer
im Löwenkeller.



Spritzenhaussaal die „vorbildliche Kameradschaft“, die während der Kampfzeit unter den Aalener Parteigenossen geherrscht hätte, und betonte ihren Wert für die Gegenwart. Mehr denn je sei sie als Grundlage für die Aufklärungsarbeit unerlässlich, „da wieder und wieder von gewissenlosen Hetzern Unruhe in das deutsche Volk getragen“ werde. Die Versammlung verstand sehr wohl, wer damit gemeint war und formulierte „in alter Verbundenheit“ ein Grußtelegramm an Fridolin Schmid, der mittlerweile Aalen verlassen hatte.⁴ Vergleichsweise nüchtern reagierte man dagegen in Stuttgart auf die politischen Turbulenzen in der Kocherstadt. Für Gaupropagandaleiter Mauer stand die Frage überhaupt nicht zur Debatte, ob er seinen Auftritt im Rahmen der „Frühjahrspropagandawelle“ an einem anderen Ort als dem Löwenkeller absolvieren sollte. Nur fünf Tage nach dem Beschwörungsritual Klings im Spritzenhaussaal sprach er im Traditionslokal der Aalener NSDAP über den „Aufbruch und Aufstieg Deutschlands“. Die Begrüßung übernahm Ortsgruppen-Propagandaleiter Fahr, ein offizieller Vertreter der Kreisleitung war nicht anwesend.⁵ Vier Wochen später musste Adolf Kling endgültig zur Kenntnis nehmen, dass man seine Sicht der Dinge auf Gauebene nicht teilte. Zwar schrieben die Parteirichter die „schädlichen Quertreibereien“ samt den „lähmenden Auswirkungen auf die Arbeit der Bewegung“ eindeutig Karl Barth und den übrigen Mitangeklagten zu. Ausdrücklich hoben sie aber auch auf die „unbestreitbaren Verdienste“ der vier Parteigenossen ab, ohne sie freilich näher zu beschreiben. Offenbar reichten diese jedoch aus, um das in der Regel für Abschlussverfahren zuständige Gericht sehr milde zu stimmen. Der Verweis, der den Angeklagten erteilt wurde, war das geringste Strafmaß, das überhaupt verhängt werden konnte.⁶ Dass auch Adolf Kling von deutlicher Kritik nicht ausgenommen blieb, dürfte im „Braunen Haus“ in Aalen für eine gewisse Überraschung gesorgt haben. Eindeutig formulierte das Gaugericht in seinem Urteil, der Kreisleiter hätte als „politischer Beauftragter der NSDAP“ in seinem Kreis gegen „unsaubere Elemente“ vorgehen sollen. Damit konnte die gerügte Gruppe um Karl Barth nicht gemeint sein. Ansonsten hätte der Brauereibesitzer und Landwirt wohl kaum seine Funktion als Bezirksbauernführer behalten. Nach dem Rückzug Fridolin Schmid sah man in Stuttgart allerdings keine Veranlassung mehr, die Rolle des Kreisleiters in dieser Angelegenheit detailliert zu hinterfragen. Es lag durchaus im Interesse der Gauleitung, dass Adolf Kling in Aalen in jeder Beziehung „ein bestelltes Haus“ hinterließ.



Der Befehlsweg der NSDAP-Kreisleitung führte über die Ortsgruppe zur Zelle und von hier aus zum einzelnen Block.

Neue Parteistrukturen

Nur im Hinblick auf dieses Ziel ist das plötzliche Abflauen der Turbulenzen zu verstehen. Die Anspielungen in der NS-Presse und verbalen Rempeleien hörten schlagartig auf, die Fronten unter den Aalener Parteigenossen schwanden sehr schnell. Von Boykottmaßnahmen gegen den Wirt des Löwenkellers war keine Rede mehr – auch wenn Adolf Kling noch immer nicht in das Lokal kam. Für die vorletzte große Parteiveranstaltung unter seiner Leitung am 20. April 1937 hatte er erneut den Spritzenhaussaal anmieten lassen.

Die Verteidigung der „neu beauftragten politischen Leiter, Walter und Warte“, die hier am „Geburtstag des Führers“ stattfand, nutzte der Kreisleiter für versöhnliche Worte. „Alles, was war, ist vergessen!“, betonte er gegenüber dem Publikum. Im selben Atemzug versicherte er den neuen Aalener NSDAP-Funktionsträgern, dass der „Führer“ sie angenommen habe, da sie „guten Willen gezeigt und bereit zur Mitarbeit gewesen“ seien.⁷ Ihre Verteidigung bildete den Schlusspunkt der strukturellen Veränderungen im Parteaufbau, die über den Jahreswechsel 1936/37 reichsweit eingeleitet worden waren. Mit den alten Verhältnissen, hatte dies in der Tat nichts mehr zu tun.

Wie die Kocherzeitung ihren Lesern Anfang Dezember 1936 mitgeteilt hatte, sollte sich die neue organisatorische Gliederung der NSDAP nicht mehr nach der Zahl der einzelnen Parteimitglieder, sondern nach der Anzahl der Haushaltungen in einem Bezirk richten. „Die kleinste Wohngemeinschaft im Volke“ galt fortan als „kleinste Einheit der Partei“. War bis zu diesem Zeitpunkt der Ortsgruppenleiter der unterste Hoheitsträger der NSDAP gewesen, so wurden „nun auch der Zellenleiter und der Blockleiter zu dieser Eigenschaft erhoben“⁸.

Auf dieser Grundlage konnten Parteiorganisationen, wie etwa die NSV, die Deutschen Arbeitsfront oder die „NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude“ ihre „unermüdliche Arbeit für die Volksgenossen“ wesentlich gezielter in Angriff nehmen oder wie die Kocherzeitung in entlarvender Offenheit feststellte: „in die Welt der nationalsozialistischen Idee hineingeführt und selbst zu Trägern nationalsozialistischer Gesinnung und Haltung gemacht werden.“ Hierzu sei jedoch die Partei „nur in der Lage, wenn sie mit ihrer Organisation und ihrem hilfsbereiten Willen nicht nur bis in die letzten Dörfer und Weiler, sondern auch in jedes Haus und in jede Wohngemeinschaft drängt, wenn sie Millionen Volksgenossen nicht nur führt und die Belange der Volksgemeinschaft nach außen hin vertritt, sondern wenn sie auch die Sorgen und Nöte jedes Einzelnen erforscht und ihnen damit tatkräftig zur Seite stehen kann.“ Im Klartext: es ging dem NS-Regime darum, die Menschen noch „straffer, entschlossener, planmäßiger und klarer“ zu erfassen und zu beeinflussen.

Während 8-15 Haushaltungen zu einer Hausgruppe zusammengefasst einem Blockhelfer unterstanden, „betreuten“ die am 20. April 1937 vereinigten Blockleiter 4-5 dieser Gruppen, d.h. 40 – 60 Haushaltungen. Ihnen übergeordnet waren die Zellenleiter mit einer Zuständigkeit für 4, maximal 8 Blöcke. Da diese neue Gliederung nicht nur für bebauten Gelände gelten sollte, sondern auch Feld, Wald und Wasser umfasste, gab es keine Freifläche mehr auf der Markung eines Dorfes oder einer Stadt im nationalsozialistischen Deutschland, die nicht der Aufsicht der Partei unterstand. Einen Monat nachdem die NSDAP in der Kocherstadt und den umliegenden Orten die Strukturen unterhalb der Ortsgruppenleiterebene ausgeweitet bzw. verdichtet hatte, wurde mit der „Schaffung des Großkreises Aalen“ der nächste Schritt des innerparteilichen Umbauprogramms vollzogen. Die bis dahin getrennt verwalteten Parteikreise Aalen, Ellwangen und Neresheim unterstanden ab sofort nur noch einer zentralen Leitung. Im Auftrag von Reichsstatthalter Murr, der dienstlich verhindert war, setzte Adolf Kling seinen ehemaligen Kollegen von Ellwangen, Pg. Kölle, am 21. Mai 1937 als neuen Kreisleiter ein.⁹



Flaggen heraus!

Aalen, 21. Mai. Die Kreisleitung erläßt folgenden Aufruf: Heute, den 21. Mai, erfolgt der Zusammenschluß der Kreisleitung Aalen und der Kreisleitung Ellwangen zu einem Parteikreis. Die Einwohnerschaft der Stadt Aalen wird deshalb aufgefordert, ab 15 Uhr die Häuser zu beflaggen.

*Beflagung auf dem
Marktplatz, Mai 1937.*

Für seine letzte öffentliche Amtshandlung wählte der NSV-Gauamtsleiter bezeichnenderweise den Löwenkeller. Damit kamen die Aalener Parteigenossen nach längerer Unterbrechung endgültig wieder in ihr Traditionslokal zurück. Es gab keinen passenderen Ort in Aalen, um eine symbolische Verbindung zwischen den neuen Strukturen und den „alten Zeiten“ herzustellen. Nebenbei war Adolf Kling damit auch die Möglichkeit gegeben, der Öffentlichkeit gegenüber zu zeigen, dass die Krise der Partei tatsächlich Vergangenheit war und er keinen Scherbenhaufen, sondern „geordnete Verhältnisse“ hinterließ. Zudem liegt die Vermutung nahe, dass aus diesen Gründen die Zusammenlegung der Parteikreise, die für den gesamten Gau Württemberg-Hohenzollern ab 1. Juli 1937 geplant war, auf der Ostalb bereits fünf Wochen früher stattfand. Inwieweit aus Stuttgarter Sicht damit bereits der staatlichen Gebietsreform vorgearbeitet wurde, die für 1938 geplant war, muss für den neuen Kreis Aalen noch untersucht werden. Nach dem Ruf, der Pg. Kölle anhing, war allerdings davon auszugehen, dass er im Sinne der Partei dem möglichen Widerstand überflüssig werdender Landräte entgegen wirken würde.¹⁰

Die zweite Garnitur

Waren die entscheidenden Impulse für die Hitler-Bewegung im Bereich der Ostalb seit 1923 vor allem von Aalen ausgegangen, so änderte sich dies mit dem Amtseintritt Kölles grundlegend. Das „Braune Haus“ stand zwar nach wie vor in der Kocherstadt. In der NSDAP-Zentrale gaben aber zunehmend Personen aus Ellwangen und Bopfingen den Ton an. Der neue Kreisleiter umgab sich mit Mitarbeitern seines Vertrauens, die fast ausschließlich aus seinem alten Dienstbereich stammten.

Welche Dimensionen diese Personalpolitik annahm, verdeutlicht bereits die Rednerliste für die Versammlungswelle im Herbst 1937. Zu der Parole „Ein Volk hilft sich selbst“ sollte vom 22. bis 24. Oktober 1937 kein einziger Redner aus Aalen sprechen.¹¹ Lediglich der DAF-Kreiswaller und Gauredner Sauerborn war ein alter Bekannter aus dem Kader Adolf Klings. Wenn im zweiten Teil der Kampagne zwischen 19. und 23. November Gewerbeschulrat Schönbohm und Kreisamtsleiter Merkle aus Aalen sowie Ortsgruppenleiter Kopfmann aus Wasseralfingen Gelegenheit zu einem Propagandaauftritt in Unterkochen, Unterrombach und Saverwang erhielten, kamen hier Parteigenossen zum Einsatz, die man zuvor an kein Rednerpulte gelassen hatte.

Auch die Personalentscheidung Kölles über die neue Leitung der NSDAP-Ortsgruppe Aalen lässt eine ähnliche Tendenz zur zweiten Garnitur erkennen. Bevor sie jedoch umgesetzt werden konnte und NSV-Kreisamtswaller



Der neue Leiter des NSDAP-Großkreises Aalen, Adolf Kölle. Nach der Machtergreifung war das Gründungsmitglied der NSDAP-Ortsgruppe Ellwangen von Mai bis Oktober 1933 bei der Politischen Polizei in Stuttgart tätig gewesen. Kölle kehrte nach Ellwangen zurück, um das Amt des Bürgermeisters zu übernehmen, das er bis 1942 ausübte. Die Kreisleitung Ellwangen „führte“ er nebenamtlich seit Oktober 1932.

Frank nach eineinhalb Jahren sein kommissarisches Amt als Ortsgruppenleiter abgab, schockierte die Nachricht vom plötzlichen Tod Adolf Klings die Parteigenossen. „Uns allen, ob von der nationalsozialistischen Gesamtbewegung oder aus den Reichen der Volksgenossenschaft im Großkreis Aalen, stockte für Augenblicke selbst der Pulsschlag“ – schrieb der Kreisleiter in seiner Kondolenzadresse. Adolf Kling war am Vormittag des 19. Januar 1938 im städtischen Krankenhaus Bad Cannstatt einem Herzschlag erlegen. Die Beisetzungsfeierlichkeiten für den „Erwecker des Kreises Ost“, die drei Tage später auf dem Friedhof in Unterkochen stattfanden, trugen die Züge eines Staatsbegräbnisses.¹²



*Ehrenwache der Politischen
Leiter und der SA am Sarg
von Adolf Kling in der
Maschinenhalle der Firma
Wöhr/Unterkochen (oben)
Der Trauerzug setzt sich in
Bewegung (unten).*



Der SS-Musikzug Ellwangen, gefolgt von den Fahmenträgern der NS-Ortsgruppen in der Hauptstraße von Unterkochen.



Gauleiter Reichsstatthalter Murr bei der Kranzniederlegung.

Der plötzliche Tod seines Amtsvorgängers bestärkte Kreisleiter Kölle darin, die kommissarische Führung der Ortsgruppe aufzuheben und am 21. Februar 1938 den Truppführer des Aalener SA-Sturms, Paul Gaugler, als neuen Leiter zu ernennen. Er hätte „mit Rücksicht auf die Gesundheit Franks gehandelt“, betonte Kölle und damit „er der wichtigen Tätigkeit als NSV-Kreisamtsleiter nicht entzogen wird“. Gleichzeitig hob er hervor, dass die Partei als „Trägerin unserer gemeinschaftlichen Ordnung den vollen Einsatz“ benötigte.¹³

Offenbar bot der 28jährige Hilfsschlosser, der aus Lauchheim stammte, die beste Gewähr für diese Pläne. Sein Vorgesetzter, SA-Sturmhauptführer Otto



*SA Sturmführer Pg. Gaugler
wurde am 20. 2. 1938
durch Kreisleiter Kölle in
das Amt des NSDAP-
Ortsgruppenleiters von
Aalen eingesetzt.*

Baur, hatte noch vor dem Jahreswechsel 1936/37 in das lasche Ratsherren-gremium hineinschießen wollen. Selbst wenn man Pg. Gaugler mit diesem impulsiven Vorschlag nicht direkt in Verbindung bringen kann, so ist doch zu bemerken, dass er aus demselben Milieu der „Parteisoldaten“ stammte. Fest verwurzelt in der NS-Ideologie wie sein Kreisleiter, erhielt er nun von diesem die Aufgabe übertragen, mit der Ortsgruppe „den Totalitätsanspruch der NSDAP“ in Aalen durchzusetzen und das „deutsche Volk im Glauben an seine völkische Mission“ zu erziehen.

Konkret lief das auf die Organisation von Propagandaveranstaltungen, Großveranstaltungen zum Heldengedenktag, dem 1. Mai, dem Erntedankfest, der Gedenkfeier für die Gefallenen vor der Feldherrnhalle 1923 sowie „Hitlers Geburtstag“ hinaus. Mit der besonderen Betonung der deutschen Volksgemeinschaft korrespondierte die verschärfte Propaganda gegenüber den jüdischen Mitbürgern.

Wie weit der Totalitätsanspruch der Partei reichen sollte bzw. durchgesetzt wurde, verdeutlichen die Arbeitsfelder und Aktivitäten der einzelnen Parteigliederungen. Aus ihrer „planmäßigen Zusammenarbeit“ mit den Behörden ergab sich bis zum Kriegsbeginn im September 1939 jenes fein abgestimmte Räderwerk des NS-Staates, das die Menschen von Kindes Beinen an sich band und weder den Bereich der Arbeit noch den der Freizeit aussparte.

Im Dienst des „Arbeitseinsatzes“

Oberflächlich betrachtet, konnte das NS-Regime Erfolg nach Erfolg für sich verbuchen. Die Konjunktur lief spätestens 1936 wieder auf vollen Touren und bot Millionen von Menschen Broterwerb und Beschäftigung. Trotz niedriger Löhne stieg die Massenkaufkraft, woraus sich eine spürbare Verknappung von Konsumgütern und Nahrungsmitteln ergab.¹⁴

Auch in Aalen konnte das geplante Essen für die in die Remonte einrückenden Soldaten „wegen der bekannten Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fleisch“ nicht stattfinden. Mehr noch als die „Eintopf-sonntage“ im Rahmen des Winterhilfswerks sollten Kampagnen wie der „Kampf gegen den Verderb“ oder „Quark als Brotaufstrich“ helfen, die Vorräte zu strecken und die Engpässe zu überbrücken. Bereits im Herbst 1935 beschäftigte sich die NS-Regierung mit Rationierungsmaßnahmen der wichtigsten Nahrungsmittel.

Gleichzeitig machte sich die außenwirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands deutlich bemerkbar. Zwar füllten die schuldenfinanzierten staatlichen Rüstungsaufträge die Auftragsbücher der beteiligten Betriebe, doch wurden die notwendigen Rohstoffe immer knapper. So war z.B. die Baum-

wolle für die Aalener Textilbetriebe Hengel u. Co. oder Josef Klaus (Aalener Trikotwarenfabrik) nur gegen teure Valuta aus dem Ausland zu erhalten.¹⁵ Die deutschen Reserven an industriellen Rohstoffen beliefen sich im März 1936 lediglich auf 1-2 Monatsvorräte.

Um den drohenden Konflikt bei der Beschaffung und Verteilung von Konsumgütern, Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu entschärfen, setzte das NS-Regime nicht auf marktwirtschaftliche Prinzipien sondern versuchte die Verteilung nach rüstungsrelevanten und bürokratischen Kriterien zu organisieren. Zu diesem Zweck wurde im Frühjahr 1936 vom Reichswirtschaftsministerium der „Rohstoff- und Devisenstab“ gebildet, der sich bis zum Herbst des Jahres unter Leitung des „Generalbevollmächtigten“ Hermann Göring zur sogenannten „Vierjahresplan-Organisation“ verfestigte. Es dauerte nicht lange, bis diese neue Behörde der „Lenkungsverwaltung“ umfassende Aktivitäten entwickelte.

Wenn auch für Hitler die Rüstung absoluten Vorrang hatte, um die deutsche Armee in vier Jahren einsatzfähig und die deutsche Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig zu machen, beschränkte sich die Behörde Görings keineswegs auf den Bereich der industriellen Rohstoffe.¹⁶ Sie hatte bereits ab Herbst 1936 die Landwirtschaft, die Preis- und Lohnpolitik, den gesamten Investitionsbereich sowie den Arbeitsmarkt im Visier. Wie andernorts auch, fiel den NSDAP-Gliederungen in Aalen die Aufgabe zu, das Volk im Sinne des Vierjahresplans zu mobilisieren, d.h. die geplanten Maßnahmen propagandistisch zu begleiten und im jeweiligen Zuständigkeitsbereich voran zu treiben.



Blick auf das neu gestaltete Zeppelinfeld in Nürnberg: Der „Führer“ spricht am 10. 9. 1936 vor 43.000 „Soldaten der Arbeit“. Bereits zur Eröffnung des Parteitags zwei Tage zuvor hatte er den neuen Vierjahresplan verkündet.

„Leistungsbekennnisse“

Von diesen Absichten der Regierung erfuhr die Bevölkerung in Aalen und Umgebung am 10. September 1936 zum ersten Mal. Wie die Kocherzeitung berichtete, forderte der „Führer“ auf dem „Reichsparteitag der Ehre“ in Nürnberg „den geschlossenen Einsatz der Deutschen in Willens- und Arbeitskraft“ für den „neuen Vierjahresplan“. Dieser sollte neben der „Erhöhung des Lebensstandards der breiten Massen“ und der „Sicherstellung der Arbeit und Ernährung“ vor allem auf den „Neuaufbau einer deutschen Rohstoffindustrie“ abzielen.¹⁷

Die Proklamation Hitlers wurde am Nachmittag des 28. September 1936 nochmals im Rundfunk gesendet. Für den „Gemeinschaftsempfang“ in Aalen war der Spritzenhaussaal vorbereitet worden, wo im Anschluss auch der Kreiswalter der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Sannwald, sprach. In den örtlichen Betrieben saß die Belegschaft in geschmückten Räumen vor den Lautsprechern, um die „Führerrede“ zu verfolgen und sich anschließend „gemeinsam zum ewigen Deutschland zu bekennen“¹⁸.

Die Regierung war sich darüber im Klaren, dass die Demonstration der Leistungsbereitschaft nicht automatisch eine Leistungssteigerung bedeutete. Die notwendigen Voraussetzungen hierfür zu schaffen, war Aufgabe der DAF. Mit Lehrgängen und Arbeitsgemeinschaften sollte sie den „Aufgaben der Berufserziehung“ gerecht werden, die ihr bereits im November 1934 von Hitler übertragen worden waren. Der „Reichsbetriebsgemeinschaft 6: Eisen und Metall“ in Aalen bot die neu eingerichtete Kreisarbeitsschule ab Dezember 1936 erste Kurse in Werkstoffkunde, Fachrechnen, Maschinenkunde und Maschinenrechnen an.¹⁹ Im Bahnbetriebswerk startete die NS-Arbeitsorganisation fast zeitgleich eine Vortragsreihe über Aufbau und Aufgaben des Bahnbetriebs.

Am 4. Dezember 1936 sprach die Gaufrauenchaftsleiterin Pg. Haindl bei der Großkundgebung zum Thema „Einsatz der Frau im Vierjahresplan“. Bezeichnenderweise ging sie vom Verständnis der anwesenden Frauen für die „vorübergehenden Verknappungen von Lebensmitteln“ aus, zu denen es in Zukunft kommen würde. Jede Frau sollte daher auf ihre Weise an der Lösung der „Ernährungsfrage“ mithelfen. „Wie man Fische verwerten kann, wenn das Fleisch knapp ist“, hätten sich im Jahr 1935 bereits 50.000 Frauen in Württemberg und Hohenzollern zeigen lassen. Außerdem sei es Staatsziel „die Einfuhr fremder Baumwolle zu sparen“. Aus diesem Grunde habe die Technik „deutsche Stoffe“ entwickelt, bei denen es sich keinesfalls um Ersatzstoffe handeln würde, da sie „die letzte Probe bestanden“ hätten.²⁰ Mit seiner Versammlung im Gasthaus „Zum Rad“ am 15.12.1936 startete der NS-Bund Deutscher Technik (NSBDT) eine Vortragsreihe, die sich mit technischen Neuerungen im Rahmen des Vierjahresplans beschäf-



„altet den Geist der Kampfzeit lebendig!“

Gaufrauenchaftsleiterin Pgn. Haindl forderte in einer Großkundgebung der NS.-Frauensschaft die Frauen von Aalen und Umgebung zum Einsatz im Vierjahresplan auf

tigen sollte. Nur einen Tag später folgte die Schulungstagung der Ortsbauernführer der Bezirksbauernschaften Aalen und Neresheim unter der Leitung der Bezirksbauernführer Rösler und Barth. Sie stimmten wiederum im Löwenkeller die Anwesenden darauf ein, dass man „unter allen Umständen den Führer beim Aufbauwerk“ unterstützen und „nicht aus kleinlichen Verärgerungen heraus zur Seite stehen“ sollte. Um das Problem der Arbeiternot auf dem Land zu vermindern, stellten beide Bezirksbauernführer einen „vermehrten Einsatz von Arbeitsdienst und Frauenarbeitsdienst“ in Aussicht. Zugleich forderten sie, dass die Hofinhaber selbst einen Beitrag zur Problemlösung zu leisten hätten, indem sie ihre Betriebe mechanisierten, sich der Feldbereinigung nicht entgegen stellten und Maßnahmen zur Verbesserung der Böden durchführten.²¹

Die geforderten Strukturveränderungen im landwirtschaftlichen Bereich administrativ zu begleiten und die Verteilung der Arbeitskräfte zu lenken, waren Aufgaben des Kulturbauamtes bzw. des Arbeitsamtes. Beide Staatsbehörden hatten bereits im „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ eng zusammengearbeitet und die zahlreichen „Notstandsarbeiten“ wie Bach- und Flussverbesserungen, die damit verbundenen Flurbereinigungen und den landwirtschaftlichen Wegebau geplant und koordiniert. Jetzt ging es darum, die Grundlage für die jährlichen „Erzeugungsschlachten“ zu schaffen, mit denen das NS-Regime die „Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes“ sicher stellen wollte.

Produktionssteigerung in der Landwirtschaft

Im Rahmen des Vierjahresplans gewannen vor allem die Boden- und Kulturverbesserungen zentrale Bedeutung. Bis 1936 waren im Zuständigkeitsbereich des Kulturbauamtes Aalen 4000 ha Acker- und Wiesenland entwässert und etwa 160 km Wasserläufe begradigt worden.²² Die Länge der angelegten Wirtschaftswege belief sich auf etwa 50 Kilometer. In den Kreisen Aalen und Gmünd waren jeweils weitere 4000 Hektar zur Entwässerung vorgesehen. In den Bezirken Heidenheim und Neresheim lag die Fläche zwischen 2200-2700 Hektar. „Sofortige Vorteile für die Grundstücksbewirtschaftung und sofortige Ertragssteigerungen“ wurden damit anvisiert.

Auf den Albhochflächen experimentierte das Kulturbauamt mit der künstlichen Beregnung von Feldern. Die Bildung von Wassergenossenschaften und nicht zuletzt die Verwertung „städtischer Abwässer“ wurden im Rahmen des Vierjahresplans als „vordringlich“ eingestuft. In Zukunft sollte gewährleistet sein, dass nicht mehr die „großen Werte an Dünger jährlich buchstäblich den Bach hinunter gehen“. Bis zum Spätsommer 1939 ent-



*Dekoration und Allegorie:
Die Putte mit Reißchiene
und Röhre am Gebäude
Ziegelstraße 27 symboli-
siert noch heute den
Arbeitsauftrag des
Kulturbauamtes Aalen, das
hier bis März 1939 seinen
Sitz hatte.*

*Hilfe bei der
„Erzeugungsschlacht“:
Wanderarbeiter aus
Oberitalien wurden im
Frühjahr 1938 zur
Unterstützung der Bauern
im Kreis Aalen eingesetzt.*



standen 1084 Düngerstätten mit einem Fassungsvermögen von 30.400 cbm im Kreis Aalen, der damit im württembergischen Vergleich an 4. Stelle lag. Gleichzeitig erfolgte eine systematische Analyse der Bodenqualität. Entsprechende Karten sollten dem einzelnen Bauern eine Orientierungsmöglichkeit für eine effiziente Wirtschaftsplanung bieten. Freilich ergab sich daraus auch eine verbesserte Kontrollmöglichkeit des Staates im Hinblick auf die Ernteerträge. Bis zum Sommer 1939 waren fast die Hälfte der Gemeinden im neu gebildeten Kreis Aalen untersucht und die Ergebnisse in eine „Bodengesundheitskarte“ übertragen.

„Im Interesse der Erzeugungsschlacht und des Vierjahresplans“²³ wurde zudem die Vorratshaltung ausgebaut. Bis Kriegsbeginn gab es im Kreis jeweils 203 neue Grünfutter- bzw. 687 Kartoffelsilos. Außerdem erhielten die Ortsbauernschaften Gelder für die Beschaffung von 265 Sämaschinen. In fast jeder Gemeinde des Kreises konnten die Bauern auf ein solches Gerät zurückgreifen. Mit der „Mechanisierung“ wurden 30 weitere Feldbereinigungen durchgeführt. Gemeindeschaufelder und Gemeindesaatgüter, Sorten- und Unkrautbekämpfungsversuche, die Organisation des Kartoffelkäfersuchdienstes oder die Viehzuchterfolge um Neresheim sind weitere Stichworte für die angestrebte Leistungs- und Ertragssteigerung im Bereich der Landwirtschaft. Das von der NS-Regierung als „Landflucht“ angeprangerte Problem des zunehmenden Arbeitskräftemangels konnte durch diese Maßnahmen jedoch nicht gelöst werden.

Problem Landflucht

Der „Blut- und Bodenpropaganda“ des NS-Regimes gelang es nicht, die harten Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft schön zu reden. Arbeitsdienstmänner und Arbeitsmaiden waren nur bedingt in der Lage, den immer deutlicher zu Tage tretenden Mangel an Knechten und Mägden auszugleichen. Zur „Linderung der Gesindenot“ wurden im Mai 1938 ausländische Arbeitskräfte aus Österreich und Norditalien eingestellt. Drei Monate später riefen Ortsgruppenleiter Gaugler und Ortsbauernführer Mayer die Aalener Bevölkerung dazu auf, ebenfalls bei der Sicherstellung der Ernte mit zu helfen. Dass man von Freiwilligen nicht gerade überrannt würde, war offensichtlich. Ansonsten wäre die Drohung: „Drückeberger werden vom WHV nicht mehr betreut“, kaum erforderlich gewesen.²⁴

Auch im Bereich der Arbeitskräfteelenkung setzte der NS-Staat zunehmend auf Sanktionen. Mit dem 1935 eingeführten „Arbeitsbuch“ hatte sich das Regime eine wesentliche Voraussetzung geschaffen, um alle Erwerbstätigen zu erfassen und den Bedarf der Rüstungsindustrie durch Zuweisungen zu decken. Bis zum August 1936 waren im Arbeitsamtsbezirk Aalen bereits ca. 19.000 Arbeitsbücher ausgegeben. Etwa 1000 Arbeiter,

Getreideernte mit mechanischer Schneidemaschine und zwei Pferdestärken im Welland, 1938.



Die von der Stadt Aalen und der Gemeinde Wasseralfingen im Gewinn

Katzenberg als Gemeinschaftsprojekt erstellte und auf 100 Tiere ausgelegte Schweinmastanlage wurde vom Ernährungshilfswerk der NSV am 3. 9. 1938 in Betrieb genommen. Eine systematische Sammlung der Küchenabfälle nach einem Wochenplan sollte das „nutzlose Wegwerfen der Speisereste in örtlichen Haushalten“ verhindern. Die Sammlungen verliefen jedoch nicht planmäßig. Wie die Kreisleitung am

11. 10. 1938 in der Kocherzeitung mitteilte, würden „die Tiere von Konservendosen, Schuhwischeschachteln und Flaschenscherben in den Abfällen nicht satt“ werden. Eine gezielte „Sabotage an der Volksgemeinschaft“ wollte man aber noch nicht unterstellen.

Nachdem in der Tagespresse keinen weiteren Sammlungstage ausgeschrieben wurden, ist davon auszugehen, dass für die Futterbeschaffung ab November 1938 auf andere Art und Weise gesorgt wurde.



Angestellte, Lehrlinge und Hilfskräfte im Bereich von Haus- und Landwirtschaft besaßen jedoch noch keine Arbeitspapiere. Es sei höchste Zeit, gab das Arbeitsamt bekannt, „dass alle Betriebsführer, insbesondere auch die Handwerksmeister, die Bauern und die Haushaltungsvorstände dafür sorgen, dass die Säumigen unverzüglich ihre Anträge stellen. Wer entgegen diesen Vorschriften einen Arbeiter oder Angestellten beschäftigt, oder sich als Arbeiter oder Angestellter beschäftigen lässt, macht sich strafbar.“²⁵ Von 1933 bis 1939 verlor der landwirtschaftliche Bereich 44,5 % seiner Arbeitskräfte, was zur Folge hatte, dass die Mägde und Knechte etwa 1,5 württembergische Morgen mehr zu bearbeiten hatten, als im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung. „All das bedeutet für die Volkswirtschaft einen schweren Schlag. Es folgt daraus: eine weitere drastische und zahlenmäßige Minderung des Landvolkes, eine Gefährdung der deutschen Ernährung aus eigener Scholle, eine notwendige Steigerung der Einfuhr von Nahrungsmitteln auf Kosten des Rohstoffimports. Keines ist aber für die deutsche Wirtschaftspolitik tragbar.“²⁶ Auf der Grundlage dieser Erkenntnis erließ die NS-Regierung am 13. Februar 1939 eine weitere Dienstpflichtverordnung, mit der die Bestimmungen der Verordnung vom 22. Juni 1938 noch erweitert wurden. Ab sofort konnten Arbeitnehmer aus bestehenden Arbeitsverhältnissen „herausgelöst“ und zu Tätigkeiten zwangsverpflichtet werden, die als „vorrangig“ eingestuft waren.

Arbeitskräftemangel in der Industrie

Die Probleme des ländlichen Umfelds der Kocherstadt interessierten die örtliche Industrie oder die Wehrmacht als Auftraggeber der Bauunternehmen nur insoweit, als damit das zur Verfügung stehende Kräfte-reservoir immer schmäler wurde. Wenn der Landwirtschaft bereits 400 Knechte und Mägde fehlten, standen sie der Industrie erst recht nicht als potentielle Arbeitnehmer zur Verfügung. Daneben führte das „gegenseitige Abziehen von Arbeitern“ unter den Betrieben zu großen Verzögerungen vornehmlich im Baubereich. Bis Juni 1937 nahm es solche Ausmaße an, dass sich Arbeitsamtsdirektor Müller zum Einschreiten veranlasst sah.

Wie er am 14. 06.1937 im Sitzungssaal des Rathauses gegenüber den Vertretern der DAF, der Heeresbauabteilung, des Landesplanungsamts, der Kreisbaugenossenschaft und der Gewerbeschule betonte, wolle „der Führer und sein Beauftragter für den Vierjahresplan, Hermann Göring, eine einheitliche Lenkung aller Arbeitskräfte des deutschen Volkes“.²⁷ Damit seien ausschließlich die Arbeitsämter beauftragt.

In den letzten vier Jahren war die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben des Arbeitsamtsbezirks Aalen mit mehr als 20 Arbeitnehmern von 4500 auf 9000 angewachsen. Bereits 1936 hatte die Behörde 1400 Arbeitskräfte aus anderen Bezirken herangezogen, um den Bedarf zu decken. Für diese Personen fehlten noch immer Hunderte von Wohnungen in Aalen, Wasseralfingen und Umgebung. Um Abhilfe zu schaffen, schlug Müller vor, „alle größeren privaten und öffentlichen Hoch- und Tiefbauvorhaben im Baugewerbe mindestens 4 Wochen vor Beginn dem Arbeitsamt“ anzuzeigen. Erst dann sollten Baustoffe und vor allem Arbeiter von der Behörde zur Verfügung gestellt werden.



„Arbeitsmaidenlager“ für den weiblichen Arbeitsdienst bestanden in Halden bei Bühler-Tann und ab März 1939 in Röhlingen.

Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten in den Betrieben mit mindestens 20 Gefolgschaftsmitgliedern:						
	1932	1933	1934	1935	1936	1937
1. Bergbau und Erzgewinnung	14	14	21	71	127	145
2. Industrie der Steine und Erden	150	183	198	203	209	257
3. Metallindustrie	2040	2290	3028	3652	4234	4976
4. Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie (Stichtag 1925: 71)	17	14	15	13	11	11
5. Chemische Industrie	182	188	255	263	262	217
6. Spinnstoffgewerbe	614	666	826	758	858	961
7. Papierindustrie	458	463	498	510	569	573
8. Lederindustrie	162	180	194	191	226	306
9. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	99	74	84	100	105	132
10. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	198	184	180	172	181	199
11. Baugewerbe	101	172	195	285	376	572
12. Fernerleuchtungs- u. Fernkraftgewerbe	83	77	78	77	64	52
13. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung u. -versorgung mit elektro-techn. Industrie	315	322	346	341	345	367
Insgesamt:	4433	4827	5918	6636	7567	8768

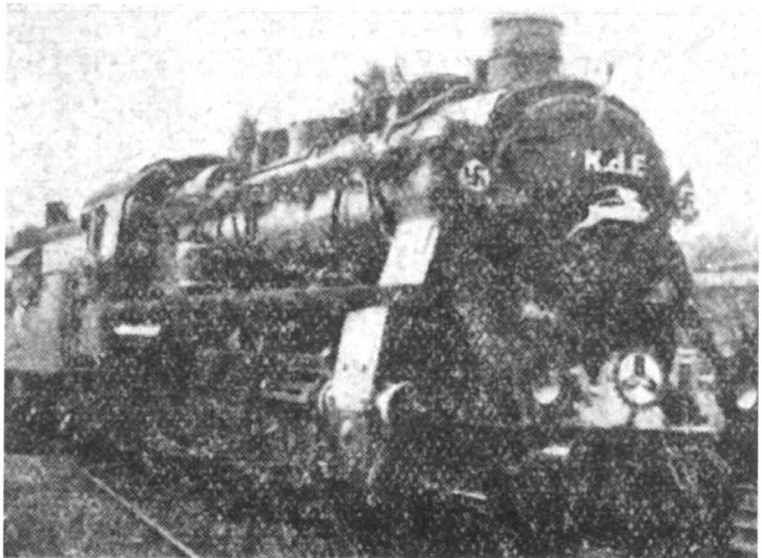
Beweis des wirtschaftlichen Aufschwungs: Das staatliche Arbeitsamt veröffentlichte am 29.1.1938 die Beschäftigtenzahlen in den Aalener Branchen.

Den gewünschten Erfolg erbrachte diese Reglementierung jedoch nicht. Bis zum Sommer 1938 weitete sich der Personalmangel weiter aus. Im Arbeitsamtsbezirk Aalen fehlten 1250 jüngere Arbeitskräfte. Noch immer war die Abwanderung aus dem landwirtschaftlichen Bereich nicht zu kontrollieren. Die Geburtenzahlen stiegen zwar wieder, hatten aber erst den Stand der Jahre 1919 bis 1924 erreicht. Vor allem in den bäuerlichen Gemeinden wirkte sich der Rückgang aus. Waren in Dewangen, Essingen, Heuchlingen und Laubach von 1900 bis 1910 durchschnittlich 287 Kinder zur Welt gekommen, belief sich die Zahl der Geburten von 1931 bis 1933 auf 132, um bis 1937 auf 144 zu steigen.²⁸

Auf die einzelnen Branchen bezogen, fehlten im Sommer 1938 in der Metallindustrie 600 Arbeiter, 500 in der Landwirtschaft und Hauswirtschaft, 200 in der Textilindustrie, 200 im Bergbau, 200 in der Bauwirtschaft und 300 in den sonstigen Gewerbebezweigen. Es wurde überlegt, dass ähnlich wie in der Landwirtschaft, Arbeitskräfte aus Österreich und Italien die Fehlzahlen ausgleichen könnten.²⁹

Auf der Großkundgebung der DAF für die Kreise Aalen, Schwäbisch Gmünd und Crailsheim, die am 15. Dezember 1938 in der Kocherstadt abgehalten wurde, deutete der Gauobmann der DAF Schulz an, wie man die Probleme zu beheben gedachte. „Man spricht viel von Technisierung, Rationalisierung, Leistungssteigerung. Dabei handelt es sich nicht um eine Unkostensenkung zu ungunsten des Arbeiters, vielmehr gibt das Recht auf Arbeit jedem schaffenden Deutschen den Anspruch auf den Erwerb eines anständigen Lebensunterhalts. Die Modernisierung der Betriebe widerspricht niemals dem Gemeinwohl, auch dürfen wir keinesfalls in der Sicherung des Reiches gegenüber dem Ausland in Rückstand kommen.“ Gleichzeitig sollten aber die Warenpreise so stabil gehalten werden wie die

*Geschmückte Lokomotive
eines KdF-Wochenendzugs
auf dem Aalener Bahnhof,
1937.*



Lohnsätze. Schulz betrachtete es keineswegs als einen Widerspruch, wenn der „Arbeiter seine Arbeitsleistung so teuer wie möglich an den Mann zu bringen versuchte oder wenn er in besser geleitete und fortschrittliche Betriebe hinüberwechseln wolle“. Locklöhne, Abwerbungen oder das Überbieten unter den Wirtschaftsbetrieben seien jedoch scharf zu verurteilen.³⁰ Damit war zunächst wortreich umschrieben, dass im Gau Württemberg-Hohenzollern drei Jahre nach Einführung des „Vierjahresplans“ weder von geordneten Verhältnissen noch von einer zentral gelenkten Planwirtschaft die Rede sein konnte. Zwar gab es Ansätze einer direkten Lenkung von Arbeitskräften und Rohstoffen, die vor allem die wehrwirtschaftlich wichtigen Betriebe erfasste. Wie andernorts ging dies aber auch in Aalen nur zu Lasten der übrigen Wirtschaftszweige.

Zum anderen verdeutlichte der Gauamtsleiter der DAF mit den Stichworten „Leistungssteigerung“ und „Lohnstabilität“ die Folgen für die arbeitende Bevölkerung. Arbeitstempo und Beanspruchung am Arbeitsplatz sollten weiter steigen, mehr Lohn war dafür jedoch nicht zu erwarten. Stattdessen hatten die Unterorganisation der DAF „Kraft durch Freude“ und ihre Abteilung „Schönheit der Arbeit“ den Auftrag, für Anreize anderer Art zu sorgen, um zusammen mit der Mutterorganisation die „wirkliche Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen“ zu gewährleisten.

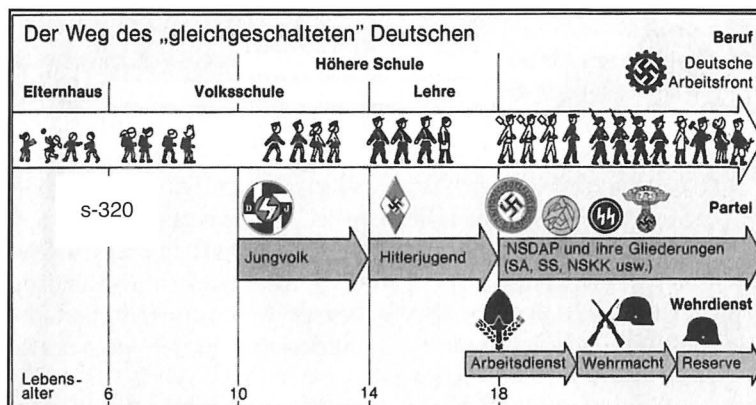


Warmes Essen im Betrieb: mit dieser Aktion trat das Amt „Schönheit der Arbeit“ innerhalb der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ im Februar 1938 an die Öffentlichkeit.

Schönheit der Arbeit und KDF

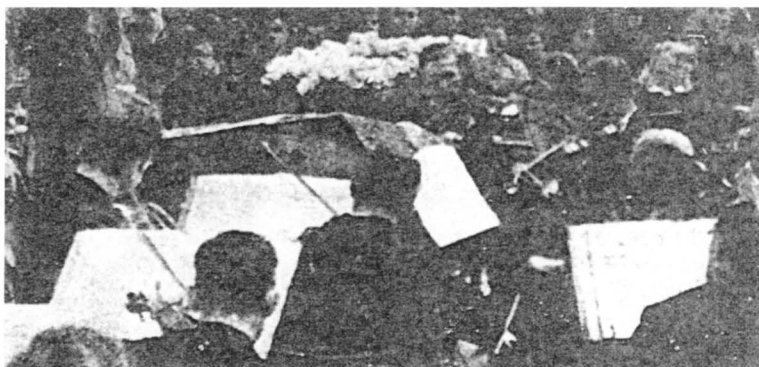
Die breite Palette ihres kulturellen und touristischen Angebots hatte der NS-Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ seit der Gründung im November 1933 in ganz Deutschland große Resonanz verschafft. Bis im Frühjahr 1937 der neue NSDAP-Großkreises Aalen gebildet wurde, erfolgte die Arbeit „für die seelische, geistige und leibliche Gesundheit des schaffenden Deutschen“ in den Bezirken Aalen, Neresheim, Crailsheim, Gera-bronn und Bad Mergentheim verwaltungstechnisch von Ellwangen aus.³¹ Neben den üblichen Theaterabenden, Städtereisen und Kreuzfahrten, durch die auch viele Aalener zum ersten Mal die Möglichkeit erhielten, eine Ferienreise in Deutschland oder ins Ausland zu unternehmen, gewann die Betreuung der örtlichen Industriebetriebe immer größeres Gewicht. Kunst und Kultur sowie diverse Sozialmaßnahmen sollten Arbeiter und Angestellte an den Betrieb binden, „mögliche Schwierigkeiten ausgleichen“ oder laut DAF-Propaganda: „Kraft geben für die Ewigkeit unseres Volkes“. Die KdF-Abteilung „Schönheit der Arbeit“ war für Verbesserungen am Arbeitsplatz zuständig. Hierzu zählten die Einrichtung von Sanitär- und Aufenthaltsräumen oder die Gestaltung der Fabrikanlagen ebenso wie Maßnahmen für Arbeitsplatzsicherheit und Gesundheitsvorsorge. Im

Spätestens ab dem Frühjahr
1936 erfassten die
Organisationen des NS-
Staates die Menschen von
Kindesbeinen an.



Februar 1938 warb die Kampagne „Warmes Essen im Betrieb“ für die Versorgung „schaffender Menschen“ in zweckmäßig eingerichteten Küchen- und Speiseräumen. Dies sollte sich nicht nur für den Einzelnen erfreulich auswirken, sondern zu einer „Leistungssteigerung führen, durch die die Gesamtheit Vorteile gewinnt“.³²

Ebenfalls im Februar 1938 fand das 1. KdF-Werkkonzert in der Papierfabrik Palm statt. Der Musikzug IV SS-„Deutschland“ veranstaltete in der Werkshalle ein Mittagskonzert, das vom Reichssender Stuttgart übertragen wurde. Neun Monate später gab das Landesorchester in der Maschinenfabrik Alfing-Kessler in Wasseralfingen sein „Werkkonzert“.³³ Beide Veranstaltungen sollten mit dem Vorurteil „aufräumen, Kunst [sei] nichts für den Arbeiter“. Das „Amt Feierabend“ in der KdF hatte erst zu Beginn des Jahres einen solchen „Sozialismus der Tat“ als beispielhaft erklärt, da der Betriebsführer nicht nur „das materielle Wohl der Gefolgschaft“ im Auge haben dürfe, sondern im Sinne der „Arbeitskameradschaft“ auch „auf dem Gebiet der kulturellen Güter ein Wegbereiter und Förderer sein“ müsse. Das letzte Werkkonzert in Aalen führte der Musikzug der SS-Verfügungstruppe Ell-



Werkkonzert der Firma
Alfing, 1. 11. 1938.

wangen unter Leitung von Hauptsturmführer Fliege am 21. März 1939 im Betrieb Hengel & Co. durch. Der Reichsender Stuttgart übertrug die Nachmittagsveranstaltung direkt.

Bereits am Jahresende 1938 hatte Kreiswart Xaver Schäfer eine positive Bilanz für die KdF-Arbeit gezogen. Mehr als 51.000 Menschen waren von ihr betreut worden. 80 % aller Betriebe im Kreis hatten die Organisation mit der Durchführung ihrer Betriebsfahrten beauftragt.³⁴ Damit war für Schäfer der Beweis erbracht, dass sich diese Aktivitäten, die nicht für die Freizeit, sondern für „das Leben im Betrieb“ gedacht waren, berechtigt waren. „Auch wir im Kreis Aalen dürfen feststellen, dass die Menschen bei uns seit fünf Jahren anders geworden sind. Der Mensch von gestern war verbittert, hoffnungslos, niedergedrückt. [...] Heute lachen die Menschen wieder. [...] Wir wollen daran denken, dass wir Werkleute sind, jeder an seinem Platz mit seiner Aufgabe. Wir sind glücklich, dass wir in dieser großen Zeit mitarbeiten dürfen.“

Durch Geselligkeit und Ablenkung allein konnte die geforderte Produktivitätssteigerung allerdings nicht erzielt werden. Um Arbeitstempo, Mengen und Qualität mit Erfolg steigern zu können, bedurfte es einer permanenten Anstrengung, an die alle „schaffenden Deutschen“ herangeführt werden mussten. Dabei setzte die Deutsche Arbeitsfront auf das Wettbewerbsprinzip, das bereits seit 1934 im „Reichsberufswettkampf der deutschen Jugend“ angewendet wurde.

In den von HJ, BDM und DAF-Jugend getragenen Leistungswettbewerben „maßen sich die Jungarbeiter“ in den jeweiligen Berufsgruppen. Die Kaufmannslehrlinge und Junggenhilfen im Einzelhandel sollten mit besonders gestalteten Schaufenstern für „deutsches Gut und deutsche Leistung“ werben. Auch weltanschauliche Fragen, Sport und ein praktischer Teil zählten zur Prüfung. Bereits bei der Eröffnung des REBWK im November 1936 hatte die Aalener Jugend ihr „Bekenntnis“ für „ein Mehr an Einsatz, ein Mehr an Opfern für den Staat und die Erfüllung der gestellten Aufgaben“ abgelegt.³⁵ An der Leistungsschau, die im März 1937 endete, nahmen über 1300 Auszubildende und Jungarbeiter teil.

Der Aufruf des Gauhandwerkswalters am 30. Juli 1937 zu einem Wettbewerb der Kleinbetriebe sowie der „Leistungswettkampf der Deutschen Betriebe“, der Anfang August mit Betriebsappellen bei den Firmen Wöhr oder Erlau bzw. in der Stufferzgrube Wilhelm in Wasseralfingen begann, verdeutlicht die planmäßige Erfassung der gesamten arbeitenden Bevölkerung in Aalen und Umgebung.

Insofern war es nur konsequent, wenn am 18. Januar 1938 der „Reichsberufswettkampf aller schaffenden Deutschen“ mit einem Appell auf dem Adolf-Hitler-Platz vor dem Bahnhof eröffnet wurde. Unter den 2560 Teilnehmern waren erstmals nicht nur Jugendliche sondern alle



Betriebsfahrten mit der KdF: Mitarbeiter der Maschinenfabrik Alfing Wasseralfingen in Nürnberg, 1936 (oben) und am Rhein 1937 (2. Bild); Buskarawane der Papierfabrik Palm am „Steinernen Meer“ 1936 (3. Bild); 1800 Arbeiter des Hüttenwerks beim Freilichttheater in Schwäbisch Hall, 1937 (unten).

Schaufensterwettbewerb
1937 (kleine Bilder),
Berufswettkampf der
Friseure im Löwen-
kellersaal, 1938.



Werktätigen der Aalener Betriebe. DAF-Kreisobmann Sauerborn sowie Kreisleiter Kölle wohnten der Veranstaltung ebenfalls bei. Wie der Kreisbeauftragte für den Berufswettkampf Engelhardt ausführte, ging es darum, „die bei den vorausgegangenen vier Reichsberufswettkämpfen gemachten Erfahrungen zu verwerten und damit immer klarer die Voraussetzung zu finden, die zu einer Leistungssteigerung des deutschen Volkes führen“.³⁶ Hierzu gehörte auch der Erhalt der Arbeitskraft im medizinischen Sinn. Nur Menschen, die wohlauflagen, konnten diese Forderungen erfüllen. „Das Volk zu diesem Zweck gesund und stark zu machen“, war erklärtes Ziel der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt.³⁷



Gesunde Arbeiter und volle Wiegen

Die Ausrichtung auf den „Vierjahresplan“ gab der Arbeit der NSV ein neues Ziel und verschaffte ihr gleichzeitig eine gefestigte Position im Gefüge des NS-Staates. Laut Kocherzeitung vom 1. Juni 1935 hatte die Organisation, die zwar der NSDAP angeschlossen, aber eine rechtlich selbstständige Körperschaft war, nicht nur den „notleidenden Volksgenossen“ zu helfen, sondern sollte auch den politischen Auftrag verfolgen, „die Seelen der deutschen Männer und Frauen [zu] gewinnen“. Dies geschah auf dem „sozialen Umweg“, indem sie „die breite Masse des Volkes, und gerade die Kreise erfasste, die dem Gedankengut der Bewegung, dem Wesen und Wollen der NSDAP bislang teilnahmslos gegenüber standen, [um] sie in dem neuen, bewusst völkischen Denken [zu] erziehen.“ Das NS-Regime benötigte in der Phase des Machtausbaus einen Deckmantel und kalkulierte bewußt mit ein, dass viele Deutsche die NSV aufgrund der oftmals notwendigen Hilfeleistungen als „soziales Gewissen der Nation“ empfanden und ihre Unterstützung durchaus schätzten. Die von der NSV organisierte Ferienbetreuung im Rohrwang während der Sommer 1935 und 1936, die Solbadkuren im Untergeschoss der Parkschule, bei denen im August 1937 etwa 200 Kinder aus dem gesamten Kreis Erholung fanden, sowie die Kinderlandverschickung, die ab 1938 intensiviert wurde, prägten die Wahrnehmung der NS-Organisation in der Öffentlichkeit der Kocherstadt.³⁸ Bereits im Juni 1935 waren 70 „Großstadtkinder aus Düsseldorf“ für einige Wochen in und um Aalen betreut worden. Ihnen folgten im Februar 1938 weitere 60 Kinder aus Stuttgart und Augsburg, die im „Haus der Jugend“ wohnten.

Kinder aus der Stadt Aalen und ihrer Umgebung wurden in diesem Jahr nach Kellinghusen an der Ostsee, nach Südhannover-Braunschweig, ins Jägerhaus nach Esslingen oder wie vom 13. Mai bis 29. Juli nach Oberschlesien in die Gegend von Opeln geschickt. Kurz nach dem Anschluss Österreichs verbrachten 170 Kinder aus Wien von April bis Mai 1938 einen Erholungsurlaub in Aalen. Ihnen folgten vom 5./6. Mai bis 29. Juli 144 Kinder aus Oberschlesien.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die NSV bereits das Säuglingsheim des finanziell angeschlagenen Vereins „Kinderheim Aalen“ übernommen.³⁹ Eine noch stärkere Einbindung der NSV in die lokale Struktur der medizinischen Versorgung ergab sich daraus, dass die Diakonissenanstalt Stuttgart ihre Schwestern vom städtischen Krankenhaus abzog. Ab Oktober 1938 übernahm die NS-Volkswohlfahrt den Schwesterndienst und richtete zudem eine Krankenpflegeschule ein.⁴⁰ Am 1. 7. 1938 hatte die NSV-Gauamtsleitung auf der Kapfenburg die zentrale Ausbildungsschule eröffnet. In vierwöchigen Kursen sollten hier bis zu 200 Kindergärtnerinnen zur „weltan-



NSV-Werbung in der Kocherzeitung, 1938.

schaulich-fachlichen Schulung einberufen werden“. Am 1. Mai 1939 legten die ersten 150 Kindergärtnerinnen in Gegenwart von NSV-Gauamtsleiter Thurner ihr „Gelöbnis der Treue“ ab.⁴¹

Größe und Aufgabenumfang der gesamten NSV wurden zu diesem Zeitpunkt von der Kocherzeitung bereits als „staatstragend“ eingestuft. „Die NSV betreut durch ihre Vorsorgearbeit das Kind bereits an der Wiege, sie schützt den Säugling und das kleine Kind, stärkt die Jugend und dient dem Leben. Die NSV schützt die werdende Mutter, betreut, stärkt und pflegt sie und schützt damit die Familie, betreut das Volk: die NSV dient dem Staat und stärkt die Nation.“⁴² Dies wären allesamt wesentliche Voraussetzungen für die abverlangten Leistungssteigerungen im Rahmen des „Vierjahresplans“. Nur auf diese Weise könnten „in der Produktion alle Güter geschaffen werden, die das Volk zum Leben braucht“.

Welche Folgen sich aus dem Aufbau dieser Vorrangstellung auch im Gefüge der Aalener Parteistruktur ergaben, verdeutlicht das Beispiel der NS-Frauenschaft. Parallel zur Jugendhilfe der Volkswohlfahrt oder dem Hilfswerk „Mutter und Kind“ bot sie „Reichsmütterdienstkurse“ an und unterhielt neben den NSV-Kindergärten eigene Kinder- und Mädchengruppen. Die Sechs- bis Zehnjährigen, die einmal pro Woche „betreut wurden“, sollten spielend auf den Dienst im Jungvolk und bei den Jungmädels vorbereitet werden.⁴³ Erziehung und Betreuung, mit der die Kinder „über die HJ und die Schule als brauchbare Menschen in die Volksgemeinschaft“ hineingeführt werden sollten, bildete aber auch das Arbeitsfeld der NSV. Außerdem stellte die NS-Frauenschaft mit ihrer Schulungsarbeit des „Mütterdienstes“ eine erhebliche Konkurrenz für den hauswirtschaftlichen Unterricht der Schulen dar.



Lehrgang der
NS-Frauenschaft
„Häusliche Nährarbeiten für
Mütter, die ihre Kinder
mitbringen“, 1937.

Um die Überschneidungen zu beseitigen und den Einsatz der Kräfte zu bündeln, fand im Oktober 1938 eine „Koordinationstagung“ statt.⁴⁴ Der Frauenschaft wurde der Erlass des Reichsinnenministers bekannt gegeben, dass sie ab sofort nur noch für die Mädchen und Frauen über 18 Jahre zuständig sein sollte, um sie „für den Pflichtenkreis der Frau und Mutter vorzubereiten“.

Wie es in dem Bericht weiter heißt, zeigte NSV-Gauamtsleiter Thurner außerdem Wege zu einer „noch planmäßigeren Zusammenarbeit“ mit seiner Organisation auf. Großen Entscheidungsspielraum hatte die seit April 1938 amtierende Ortsfrauenschaftsleiterin Engel, die von Kreisleiter Kölle nach Aalen gebracht worden war, um die etwa 1000 Mitglieder zu führen, dabei nicht.

Die Abteilungsleiterinnen für Hilfsdienste in der Parteigliederung sollten ab sofort als „Verbindungsfrauen“ zum NS-Wohlfahrtsverband eingesetzt werden. Für eine weitere organisatorische Verzahnung sorgte die Aufnahme der Reichsbundschwestern und Krankenpflegeschülerinnen in die NSF. Außerdem wurden gemeinsame Arbeitstagungen eingeführt, die monatlich stattfanden. Wie Kreisamtsleiter Frank in der Sitzung am 26. Januar 1939 feststellte, folgten sie dem Zweck, „die Aufgaben der NSV [abzustimmen], die oft Hand in Hand mit der Frauenschaft laufen“.

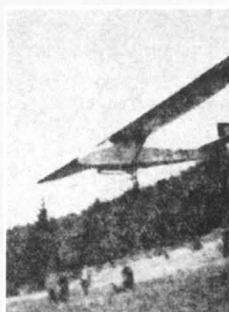
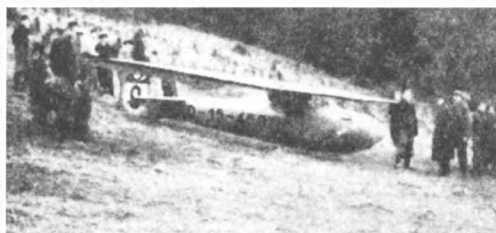
Mit anderen Worten: hier wurden die einzelnen Maßnahmen für die Umsetzung der sozialpolitischen Ziele der NS-Regierung in Aalen geplant und abgesprochen.

Die Unterstützung „nur erbgesunder Menschen“ zählte hierzu ebenso wie der systematische Ausschluss sogenannter „asozialer Elemente, die von der NSV nichts zu erwarten haben“. Außerdem betonte Frank in der Sitzung die Bedeutung der Gemeinschaftsprojekte „Mutter und Kind“ und der „Jugendhilfe“, die „gefährdete Jugendliche erfassen und in Erziehungsanstalten die notwendige Erziehung angedeihen“ ließ. Zur Bekämpfung der hohen Säuglingssterblichkeit würde die NSV ebenfalls einen wertvollen Beitrag mit ihrem „Säuglingsheim“ leisten. Dass für den NS-Gesundheitsfunktionär nicht humanitäre Gründe im Vordergrund standen, belegt seine Bemerkung: „Was nützen uns volle Kasernen, wenn wir nicht volle Wiegen haben!“ Egal ob für die Wirtschaft oder das Militär, den Menschenhungers des NS-Regimes zu stillen, hatte oberste Priorität.⁴⁵

Als Aufgabe für die NS- Frauenschaft formuliert, hieß das: „Die Mutter soll in der Lage sein, die Gesundheit der Familie zu erhalten, in Krankheitsfällen die nötige Fürsorge zu treffen, den Säugling, das kostbare Kleinod des Volkes, richtig zu hegen und zu pflegen.“⁴⁶ Die Vorarbeit, um die Mädchen und jungen Frauen an ihre „naturgegebene Aufgabe“ im weltanschaulichen Sinne heranzuführen, erfolgte im BDM, während die Jungen in der HJ auf ihre spätere Rolle als Soldaten vorbereitet wurden.



„Der Nörgler ändert nicht die Zeiten“ war auf dem „Werbemal“ der NSV zu lesen, das im April 1937 vor dem „Braunen Haus“ am Adolf-Hitler-Platz aufgestellt wurde.



Leistungs-Segelflugwettbewerb des NS-Fliegerkorps am Brautenberg mit Beteiligung des Sturms 7/102 (Aalen, Ellwangen, Bopfingen). Das von der Stadtverwaltung eingerichtete Modellbauheim des NSFK in der Erlau wurde am 29. 6. 1938 eingeweiht.



Die NSDAP und ihre Gliederungen am 1. Mai 1935 auf dem Parkschulplatz (Bild oben); Der Führer des Jungsbanns 123 (Ostalb), Karl Hornung, rief am 20. 3. 1937 die erste „Pimpfenfehde“ aus. „Gegner“ im groß angelegten Geländespiel mit Manövercharakter war der Jungbann 364 (Schwäbischer Wald). Die Abschlusskundgebung fand in Heubach statt.



Deutsche Jugend ins Jungvolk
Im ganzen Reich besannen
die Einsamungen des Jahr-
anges 1922 in die Läden der
Jungvolks. Nach der Einsam-
ung werden dem neuen Pimpf
von dem Stammlührer die
„Richtlinien des Deutschen
Jungvolks“ übergeben.
(Geherl Bilderdienst – R.)



Ortsgruppenleiter Pg.
Franz Müller (oben),
Ortsgruppenleiter Gockeler
(Mitte), Ortsgruppenleiter
Baßler (Ortsgruppe
Unterrombach).

Vom ich, hin zum wir

Gemeinschaftserlebnis und Kameradschaft machten den „Dienst“ in der seit 1. Dezember 1936 bestehenden Staatsjugend für viele Jungen und Mädchen beliebt und attraktiv. Die sogenannte „Sommerarbeit“ mit Sportveranstaltungen, Lagerfreizeiten und Fahrten zu weiter entfernten Zielen bzw. die „Winterarbeit“ mit Heimabenden und evtl. Skiausfahrten boten Abwechslung in der Gruppe Gleichaltriger. Soldatische Elemente des Dienstes wie Appelle, Märsche, Antreten oder Singen gehörten zum Alltag und wurden nicht als prägende Elemente im Sinne der NS-Ideologie empfunden, die aus der „gesunden Jugend ein gesundes Volk wachsen sah“. ⁴⁷ Bei der männlichen Staatsjugend mit Jungvolk (10 bis 14 Jahre) und HJ (14 bis 18 Jahre) stand die körperliche Ertüchtigung noch mehr im Vordergrund als bei den Mädchen.

Groß angelegte Aktionen wie die Jungbannfehen der Jahre 1937 und 1938, bei denen über 1200 Jungen zwischen Göppingen, Aalen und Heidenheim „sich im mehrtägigen Kampf gegenüberstanden“ waren mit ihrem militärischen Charakter mehr als nur bloße Geländespiele. Zusammen mit den jährlichen Reichsberufswettkämpfen förderten sie die Leistungsorientierung der jungen Menschen für den NS-Staat. „Der Einzelne“, betonte Gebietsführer Sundermann beim Großappell am 10. März 1939 vor der Aalener Hitlerjugend „soll nicht mehr sich selbst, sondern seinen höchsten Lebenswert in der Arbeit für die [Volks-]Gemeinschaft“ sehen. Hierzu brauchte es keine verschüchterten, sondern überzeugte junge Menschen, wie sie das seit Januar 1938 tätige „Werk Glaube und Schönheit“ heranbilden wollte.

Der Auftrag lautete, den sechzehnjährigen Mädchen „nach der Backfischzeit zur Erkenntnis des eigenen Ich, seiner Fähigkeiten und Ideale zu verhelfen, diese zu formen und zu fördern und den Willen zu einer persönlichen Lebensgestaltung im Dienst der großen Gemeinschaft „Volk“ zu stärken.“ ⁴⁸

Dann würde sich ein nahtloser Übergang dieser „gemeinschaftsgebundenen weiblichen Wesen“ in die NS-Frauenschaft oder die übrigen Parteigliederungen mit Sicherheit ergeben.

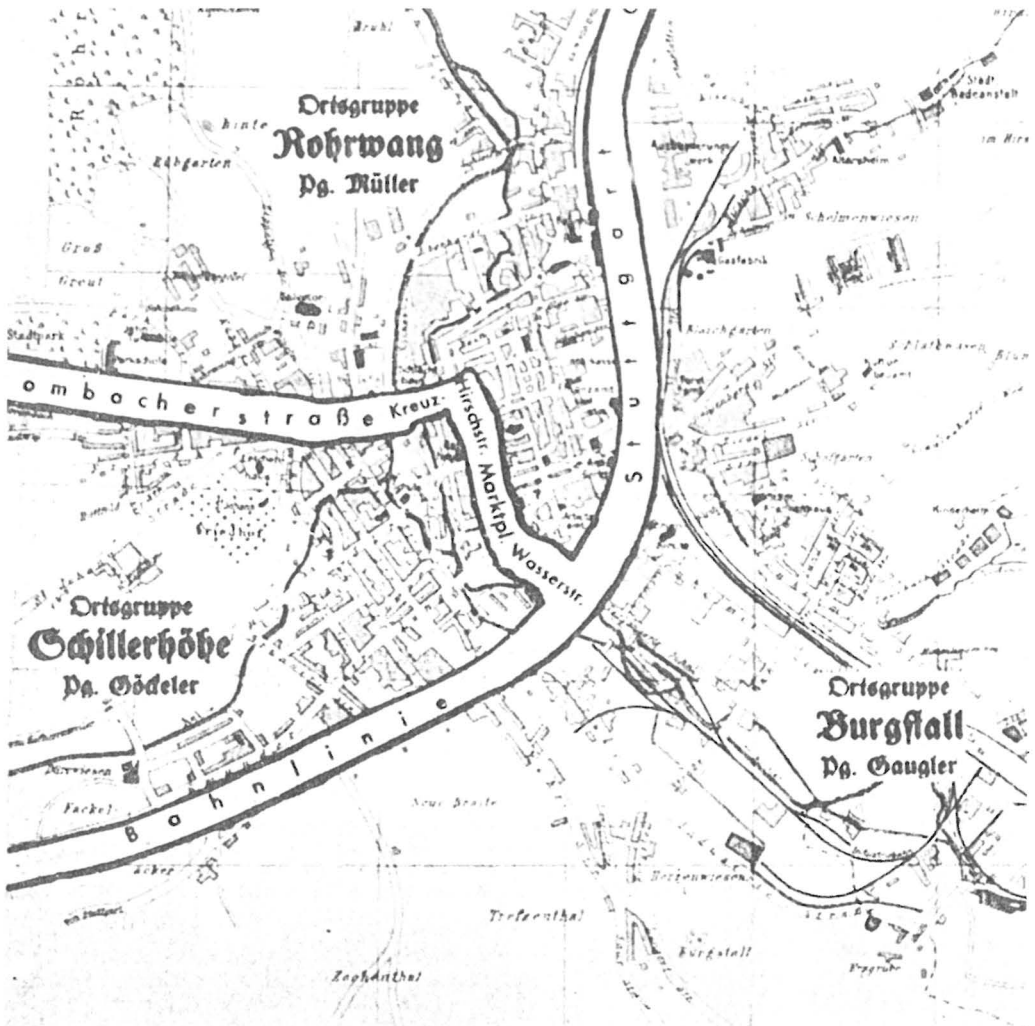
Bei allem Eigenleben bildete die männliche und weibliche Staatsjugend das wichtigste Kräfte-reservoir des totalitären NS-Staates. Viele, die mit den Sammelbüchsen durch die Stadt zogen, verinnerlichten seine ideologischen Vorgaben ohne sie zu hinterfragen oder die Lage, in der sie sich befanden, durchschauen zu können.

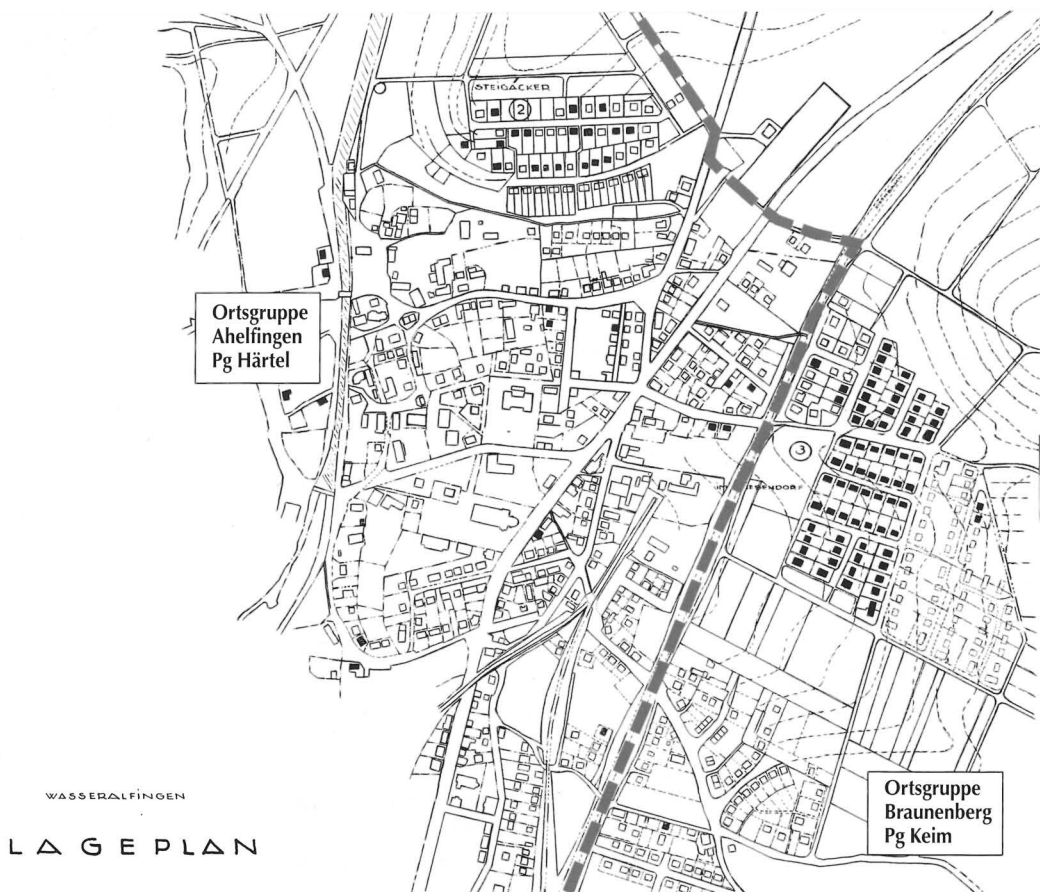
Hierfür sorgte die neue Struktur der NSDAP, die ab Oktober 1938 die Grundlage dafür bildete, dass die Partei „die ihr zukommenden Aufgaben noch schlagkräftiger erfüllen“ konnte. ⁴⁹

Neue NSDAP-Ortsgruppen

Die von Reichsorganisationsleiter Robert Ley verfügte „intensivere Betreuung der Volksgenossen“ war nur mit kleineren Ortsgruppen umzusetzen. Die Kreisleitung teilte daher den unmittelbaren Stadtbereich von Aalen in drei neue Parteibezirke und ließ im eingemeindeten Unterrombach die alte Ortsgruppe unverändert bestehen. Erst am 1. Juli 1938 hatte hier Pg. Baßler die Nachfolge des langjährigen Ortsgruppenleiters Zeiboldt angetreten.

Ab Juli 1938 gab es mit dem eingemeindeten Unterrombach vier Ortsgruppen der NSDAP in Aalen.





*Bezirke der beiden
NSDAP-Ortsgruppen in
Wasserralfingen.*

Ab Oktober 1938 gab es somit vier sogenannte „Hoheitsgebiete“ der NSDAP in Aalen. Während der bisherige Ortsgruppenleiter, Pg. Gaugler, den Bereich östlich und südlich der Bahnlinie als „Ortsgruppe Burgstall“ behielt, war für die „Ortsgruppe Rohrwang“ ab sofort Pg. Müller zuständig. Sein Bereich umfasste den größten Teil der Innenstadt, der Bahnhofstraße sowie des Areals nördlich der Rombacher Straße. Der Bezirk der „Ortsgruppe Schillerhöhe“ unter der Leitung von Pg. Göckeler erstreckte sich zwischen der Rombacher Straße und der Bahnlinie.⁵⁰

Wasserralfingen wurde in zwei Bezirke aufgeteilt. Zur „Ortsgruppe Ahelfingen“ gehörte das Gebiet nördlich der Bahnlinie sowie der Karl-, Wilhelm- und Abtsgmünder Straße unter Führung von Ortsgruppenleiter Härtel. Für die „Ortsgruppe Brautenberg“ war fortan der neue Leiter PG Keim zuständig. Sein „Hoheitsgebiet“ umfasste den Bereich südlich der Bahnlinie sowie den Ort Hofen.⁵¹

Durch die Umstrukturierung entstanden insgesamt 43 Ortsgruppen im neuen Großkreis Aalen. Sich diesem Netz zu entziehen, war denjenigen, die die Partei zur sogenannten „Volksgemeinschaft“ rechnete, nur unter großen Schwierigkeiten möglich. Die bereits angesprochene Schlagkraft der NSDAP richtete sich ab dem Spätsommer 1936 vor allem auch gegen diejenigen, die aus ideologischen Gründen durch den NS-Staat von der „Volksgemeinschaft“ systematisch ausgeschlossen wurden: die jüdischen Mitbürger und Mitbürgerinnen.

Ausgrenzung der jüdischen Mitbürger

Bis zum Prozess vor dem Landgericht Ellwangen im Herbst 1935 war der SA-Führer und Kreispersonalamtsleiter Fridolin Schmid die treibende Kraft der antijüdischen Hetze in Aalen. Wie aus seinem Leserbrief vom 9. Juli 1935 an die Kocherzeitung hervorgeht, schreckte er dabei auch nicht vor der Anwendung physischer Gewalt gegenüber drei „arischen“ Eisenbahnbeamten zurück, die im Kaufhaus Biermann in der Bahnhofstraße Besorgungen machten.

Zwei Eisenbahner waren gerade im Begriff, das Geschäft zu verlassen, als sie vor der Ladentür auf Schmid trafen. Er fragte die Beiden, ob sie Staatsbeamte seien, was sie bejahten. „Darauf fragte ich: „Schämen Sie sich nicht, beim Juden einzukaufen?“ Die Antwort war: „Wir können kaufen wo wir wollen, das ist unser Geld“. Ich erwiderte darauf: „Sie bekommen doch Ihren Gehalt vom heutigen Staat, der auch verlangt, dass kein Beamter beim Juden kauft.“ Als schließlich noch ein weiterer Bahnbeamter in Uniform aus dem Kaufhaus kam, erwiderte auch dieser, er lasse sich von Schmid keine Vorschriften machen, wo er zu kaufen habe.

Auf die Vorhaltung des Obersturmbannführers, die drei müssten wissen, dass es ein Verbot der Dienststelle gäbe, erklärten sie, davon nichts zu wissen. Als Schmid die drei Kunden als „Zigeuner und Scherenschleifer“ bezeichnete, um sie zu einem Gang zur Polizei zu provozieren, spuckte einer der Drei vor dem SA-Führer mit der Bemerkung aus „so weit haben wir es

Antijüdische Propaganda im „Stürmerkasten“ in der Bahnhofstraße.



*Bahnhofstraße Aalen,
18. 7. 1935: Obersturm-
bannführer Fridolin Schmid
weiht den neuen Schau-
kasten des NS-Blattes
„Der Stürmer“ ein.*



gebracht im Dritten Reich, vor Ihnen gehört ausgespuckt.“ Wie Schmid den Lesern der Kocherzeitung mitteilte „erwiderte er diese Beleidigung mit einem Schlag ins Gesicht. „Seine beiden Kollegen wollten ihm helfen; ich verabreichte ihnen deshalb einige Hiebe. So nahmen wir dann den Weg gemeinsam bis zur Polizei.“

Hier stellte sich heraus, dass die drei Bahnbeamten aus Crailsheim stammten. Schmid schreckte nicht davor zurück, ihre Namen mit Geburtsdatum und Adresse in seinem Leserbrief zu nennen und die Zeitung damit zum Pranger zu machen. „Es ist ein Skandal, wenn man sehen muss, wie täglich Beamte der Reichsbahn ihr Geld zum Juden tragen. Die Warenhaus- und Judenfrage ist noch nicht gelöst, wir Nationalsozialisten haben sie aber zu lösen. Ich sehe nicht ein, dass noch mit Staatsgeldern die Juden mit ihren Warenhäusern künstlich über Wasser gehalten werden, indem Beamte des Dritten Reiches ihr Geld zum Todfeind des heutigen Staates bringen.“⁵²

Drei Tage später druckte die Kocherzeitung einen weiteren Leserbrief ab, den Fridolin Schmid angeblich aus Ellwangen erhalten hatte. Seine Ausführungen über die „Judenkauferei“ seien in der Nachbarstadt auf große Aufmerksamkeit gestoßen. Nicht nur die Beamten sondern auch „Jung und Alt und vor allen Dingen die Frauenwelt, die doch meistens die Einkäufe besorgt, müssen vollkommen über die Judenfrage aufgeklärt werden“. Neben den fünf in Aalen ansässigen Familien müssten auch die von außen kommenden Textil- und Stoffhändler berücksichtigt werden. In Wasseralfingen, Aalen und Unterkochen sowie in Hüttlingen, Niederalfingen und Oberalfingen sei vor allem der jüdische Kaufmann Eppstein aus Crailsheim tätig. Außerdem würden die Kaufleute Katz aus Frankfurt und Wassermann aus Bopfingen in und um Aalen „ziemlich viel Umsatz mit Stoffen an Private“ machen. Hier wie dort, so schließt der Brief, sei es unbedingt notwendig, die Volksgenossen vor diesen Umtrieben zu bewahren.⁵³

Nur eine Woche später versammelte sich der gesamte SA-Sturmabteilung vor dem sogenannten „Stürmerkasten“ in der Bahnhofstraße. Scharführer Häußler aus Wasseralfingen und zugleich Referent für weltanschauliche Schulung hielt einen „aufklärenden Vortrag über das Judentum“. Dabei unterschied er zwischen einem abzulehnenden „Radauantisemitismus“ und der „Lösung der Judenfrage“. Gerade weil es hier noch keine verbindliche Grundlage gab, lehnte der Redner jedes „eigenmächtige Handeln“ ab. Zugleich betrachtete er es jedoch als Verpflichtung, sich dagegen „leidenschaftlich zu wehren, dass deutsche Menschen dem Juden dienen und ihr Geld in jüdische Ramschläden tragen“.

Wie die Kocherzeitung anmerkte, wurden diese Auslassungen mit großem Beifall aufgenommen. Andererseits lobte das Blatt die Disziplin und „den würdigen Verlauf“ der Kundgebung und hob hervor, dass „trotz der unmittelbaren Nähe zweier jüdischer Warenhäuser [es] nicht zu den geringsten



Werbung für „Das Schwarze Korps“: Der Aalener SS-Sturm 9/81 bei der Übergabe des Kastens in der Bahnhofstraße am 25. 2. 1937.

Zwischenfällen oder Ausschreitungen kam“. ⁵⁴ Der „rechtsfreie Zustand“ der bei der Veranstaltung beklagt wurde, dauerte nur noch 8 Wochen. Am 15. September 1935 wurden anlässlich des Reichsparteitages vom Deutschen Reichstag in Nürnberg das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verabschiedet. Die Nürnberger Gesetze fixierten die rechtliche Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung, indem sie ihr das Reichsbürgerrecht vorenthielten, Eheschließungen und außereheliche Beziehungen zwischen „Ariern“ und Juden zur „Rassenschande“ deklarierten und die Beschäftigung nicht arischer Dienstmädchen unter 45 Jahren verboten. Die Folgen waren auch in Aalen schon sehr bald zu spüren.⁵⁵ So schied Alfred Bihrmann als Gesellschafter aus der am 1. Juni 1934 gegründeten Firma „Gebrüder Bihrmann“ und bereitete seine Auswanderung in die USA vor. Seine Frau Hedwig Bihrmann, geb. Knieser, nahm mit ihrem Vetter Albert Knieser in New Jersey Verbindung auf, um die erforderlichen Papiere beschaffen und die vorgeschriebene Kautions stellen zu können. Zudem übernahm sie in der Firma die Position ihres Mannes als persönlich haftende Gesellschafterin der nunmehr offenen Handelsgesellschaft. Bereits zwei Tage später erfolgte die Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft, in die auch die in Stuttgart wohnende Else Knieser als Kommanditistin eintrat. Ihr folgte mit Wirkung vom 1. Juni 1939 ihr Bruder Richard Knieser. Zu diesem Zeitpunkt war die Kreissparkasse Aalen bereits Eigentümerin des Gebäudes geworden. Eduard „Israel“ Heilbronn – der Zusatzname war seit 1. Januar 1939 vorgeschrieben – verkaufte am 13. April 1939 das Anwesen Bahnhofstraße 18, das sich seit 1906 in seinem Eigentum befunden hatte. Fast auf den Tag genau erwarb Hedwig Knieser, die nach der

*Illustration einer
Werbeanzeige der
Kocherzeitung für den
„Stürmer“. Erscheinungs-
datum war der 9. 9. 1936,
drei Wochen nach
Beendigung der Olympi-
schen Sommerspiele.*



Scheidung von Alfred Bihrmann wiederum ihren Mädchennamen angenommen und sich kurz darauf mit Georg Helm aus Aalen verheiratet hatte, das Gebäude im folgenden Jahr zurück. Ab 22. April 1940 firmierte das Geschäft unter dem Namen „Kaufhaus Helm“.

Nach wie vor unterstützte Hedwig Helm ihren früheren Ehemann Alfred Bihrmann, der glücklicherweise die Genehmigung für die Einreise in die USA erhalten hatte. Ab Mitte Dezember 1938 lag sie beim Amerikanischen Konsulat in Stuttgart vor. Nur aufgrund dieser Papiere wurde Alfred Bihrmann, der am 8. Nov. 1938 von der Gestapodienststelle in Ellwangen verhaftet und in das KZ Dachau verbracht worden war, am 22. 12. 1938 wieder auf freien Fuß gesetzt. Kurz darauf hatte sich das Ehepaar Bihrmann in Leipzig getroffen, um die oben skizzierte Vorgehensweise zum Erhalt des Geschäfts in Aalen zu verabreden.

Auch wenn bislang noch keine Aktenstücke über die Vorgänge in Aalen während der Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. Nov. 1938 vorliegen, so sind doch die Ergebnisse bekannt. In allen drei jüdischen Geschäften in der Bahnhofstraße wurden die Schaufensterscheiben zertrümmert. Außer Alfred Bihrmann wurden auch Max Pfeffer sowie Heinz Pappenheimer bis Anfang Dezember bzw. bis Januar 1939 inhaftiert. Nach seiner Freilassung wanderte Heinz Pappenheimer mit seiner Frau und seinen 2 Kindern am 25. Juli 1939 nach Haifa/Palästina aus. Die angemieteten Ladenräume für das Manufakturwarengeschäft Moritz Pappenheimer OHG wurden endgültig aufgegeben, nachdem sie bereits am 13. Sept. 1935 zusammen mit dem Gebäude Bahnhofstraße 51 an den Aalener Kaufmann Josef Sternbacher verkauft worden waren. Bis zur Auswanderung der Familie Pappenheimer wohnten beide Familien im Gebäude Bahnhofstraße 51.

Der Schneidermeister und Kaufmann Max Pfeffer verließ nach seiner Freilassung Aalen am 23. Sept. 1939 in Richtung Brüssel, um anschließend nach Amerika auszuwandern. Seit 9. Mai 1938 hatte er Berufsverbot. Seine Frau Johanna, geb. Löhlein führte nach seiner Auswanderung das Herrenbekleidungsgeschäft weiter. Max Pfeffer kehrte am 6. Oktober 1948 wieder in die Kocherstadt zurück.

Auf ihre eigene Weise trug die Gemeinde Unterkochen zur Diskriminierung der jüdischen Mitbürger bei, indem sie dem ehemaligen Generaldirektor der Papierfabrik Unterkochen, Bruno Arthur Tugendhat, die 1924 verliehene Ehrenbürgerwürde mit Bezug auf § 21 Abs. 2 der DGO aberkannte. Im Beisein des Ortsgruppenleiters Fortner wurde die Entschließung in der Sitzung am 17. Januar 1939 getroffen. Mit Schreiben vom 8. Februar 1939 teilte Landrat Engel die mit Kreisleiter Kölle abgestimmte Genehmigung Bürgermeister Stütz mit.⁵⁶

Zu diesem Zeitpunkt lebte die Familie Tugendhat bereits seit geraumer Zeit in Stuttgart, wohin sie nach dem rechtswidrigen Ausschluss der Töchter

Annemarie und Lieselotte Tugendhat von der Mädchenrealschule Aalen verzogen war. Die Hoffnung, dass die Belästigungen und Verfolgung der Schülerinnen dadurch aufhören würden, erfüllten sich allerdings nicht. Da der Vater in einer sogenannten „privilegierten Mischehe“ lebte, also mit einer „Arierin“ verheiratet war, entging er durch glückliche Fügung der Judendeportation.

Der Vollständigkeit halber sei bereits an dieser Stelle erwähnt, dass die Bombenangriffe auf Stuttgart die Familie dazu veranlassten, 1944 wieder in den Raum Aalen zurückzukehren. Sie bezog eine Notwohnung in Geiselwang auf dem Härtsfeld. Hier empfing Direktor Tugendhat am 14. September 1945 den Unterkochener Gemeindebeirat, der ihm aus Anlass seines 75. Geburtstags und, um die „aus Hass und Unverstand diktierte Maßnahme rückgängig zu machen“, die 1939 abgenommene, aber noch vorhandene Ehrenurkunde wieder überreichte.

Wie zielgerichtet auch das Landratsamt an der „Lösung der Judenfrage“ mitwirkte, belegt der Fall der Familie Smerkis.⁵⁷ Der im Gebäude Alter Kirchplatz 5 ansässige Mützenmacher Naum Smerkis wurde durch Reichsverweisungsanordnung vom 27. 1. 1938 aus Deutschland ausgewiesen. Die Anordnung des Landratsamtes bezog sich dabei ausdrücklich auf § 2 Ziff. 3, wodurch eine staatsfeindliche Betätigung gegen das Reich als Begründung angeführt wurde.

Der 1890 geborene Naum Smerkis stammte aus Lisianka bei Kiew (Ukraine) und war nach eigenen Angaben bereits kurz nach dem Tod seiner Mutter zu jüdischen Pflegeeltern gegeben worden. In seinem Antrag auf Aufhebung der Ausweisungsanordnung betonte Smerkis, dass er nur deswegen auch die jüdische Religion angenommen hätte, er aber beschwören könne, dass er nicht jüdischer Abstammung sei.

Nach der Vorgabe des Landratsamtes, das Smerkis einen Zwangspass ausgehändigt hatte, sollte er binnen 10 Tagen das Reichsgebiet verlassen.

Offenbar hatte der Widerspruch jedoch Erfolg, denn am 31. Mai 1938 teilte die geheime Staatspolizei in Stuttgart mit, dass der Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler in Anbetracht der „seit herigen einwandfreien Führung von dem eingeleiteten Ausweisungsverfahren für die Dauer eines Jahres Abstand“ genommen habe. Nach Ablauf dieser Frist sollte erneut berichtet werden.

Am 19. Dez. 1938 erteilte das Landratsamt Aalen „im Einvernehmen mit der geheimen Staatspolizei“ die Genehmigung für eine Ausreise nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Auch wenn diese nach einer Mitteilung des Landratsamtes an die Gestapo bereits im Dezember 1938 erfolgt sein soll, blieb die Familie Smerkis noch ein weiteres Jahr in Aalen. Der Sohn Erich trug am 11. Juni 1939 als Torwart ganz erheblich zum Sieg des VfR gegen den FC Lustenau (2:1) und damit zum Aufstieg des Fußballvereins in



*„Der römischen Kirche Fluch und Segen“:
Propaganda des „Stürmers“
im Herbst 1936 mit dem
Vorwurf gegen die
katholische Kirche, Ehen
konfessionell unter-
schiedlicher Partner zu
verdammern, dagegen Ehen
getaufter Juden zu dulden.*

die Gauliga bei. Er wurde auch im 1. Pflichtspiel des VfR am 10. Dez. 1939 gegen den VfB Stuttgart eingesetzt, das dieser 0:7 für sich entschied. Als Mitglied der Mannschaft des deutsch-amerikanischen Fußballverbandes kam Erich Smerkis am 26. August 1950 nochmals zu einem Spiel gegen den VfR Aalen zurück.

Wie diese skizzierten Schicksale der jüdischen Familien in Aalen verdeutlichen, hatte die NSDAP bzw. ihre Gliederungen keinen unmittelbaren Einfluss auf ihren Verlauf. Dies war in der Hauptsache eine Angelegenheit der staatlichen Behörden sowie der Gestapo. Für die Zerstörungen in der Nacht vom 10. auf den 11. November 1938 ist der Kreisleitung und der SA bzw. SS sehr wohl Verantwortung zuzuschreiben. Ohne das „Braune Haus“ hätten sie wohl kaum koordiniert und durchgeführt werden können. In welchem Umfang dies geschah, muss jedoch noch offen bleiben. Dagegen unterlag die propagandistische Vorbereitung genauso wie die „historische Einordnung“ der Pogromnacht nachweislich der Kreisleitung. Bereits Anfang September 1938 erschien in der Kocherzeitung ein Artikel, der sich „gegen jüdische Frechheiten“ in Aalener Gaststätten wandte. Um gegen diese vorzugehen, hätten „auf Veranlassung der NSDAP, Kreisamt, Handwerk und Handel“ beschlossen, in den Aalener Gaststätten und Beherbergungsbetrieben ab sofort Schilder mit der Aufschrift „Juden sind hier unerwünscht!“ aufzustellen und keine jüdischen Übernachtungsgäste mehr aufzunehmen.⁵⁸ Vier Tage nach der Zerstörung der Fensterscheiben in der Bahnhofstraße startete eine Artikelserie, die bis 7. Dezember in loser Reihenfolge die „Nachbereitung“ der Reichspogromnacht übernahm.⁵⁹ Für die Attentate auf Wilhelm Gustloff und Ernst vom Rath wurde eine generelle Haftbarmachung des Judentums“ gefordert. Der folgende Artikel rechtfertigte mit dem Hinweis, es habe schon früher Aufstände gegen Juden

Das Judentum erhält die Antwort

Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels an die Bevölkerung

Die herechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Mordmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reichs wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen. Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden.

*Bekanntmachung des
Reichspropagandaministers
in der Kocherzeitung
vom 11. November 1938.*



So zogen die Juden durch das Land

Am Sonnabend wird nunmehr auch in Berlin im Reichstag die Ausstellung „Der ewige Jude“ eröffnet, die seinerseits in München eröffnet und dann auch in Wien gezeigt wurde. Untere Aufnahme zeigt ein Bild aus der Ausstellung: Juden als Haufler und Agenten. So sah man sie meist nach ihrer Einwanderung aus dem Osten. Aber schon nach kurzer Zeit hatten sie als Günstlinge der Epsternregierungen die höchsten Posten befeh, um dann von einflussreicher Stelle das deutsche Volk auszuplugen und zu unterdrücken. (Ghirner-Autofier)

Die Kocherzeitung eröffnete am 15. 11. eine dreiwöchige antisemitische „Aufklärungskampagne“.

gegeben, „die Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan“, die ihnen ab 1. Januar 1939 jedes selbständige Handwerk verbot.

Auf das Bild vom Vortag, das „Juden mit dem Schächtermesser zeigte“ bezog sich am 22. November die Schilderung eines „tierquälerischen Aktes“, die ein Berichterstatter angeblich 1924 im Frankfurter Schlachthaus miterlebt hatte. Er zeigte sich froh darüber, dass „der Nationalsozialismus schon lange mit dieser Grausamkeit aufgeräumt hätte und war überzeugt, dass „allein schon wegen der durch das Schächten den unschuldigen, hilflosen Tieren zugefügten Qualen die Juden viel zu büßen haben“. Am 29. November wartete die Kocherzeitung mit „besonders lehrreichen Tatbeständen“ über eine angebliche Judenplage in Württemberg seit dem 18. Jahrhundert auf. Dass „die Juden von jeher Parasiten des Volkes“ gewesen seien, war schließlich in der Ausgabe der Kocherzeitung vom 7. Dezember 1938 das Hauptthema. Nachweise zum „Semiten-Vermögen“, das „dreimal höher als im Reichsdurchschnitt sei“ oder infame Gemeinplätze wie „ein Jud zieht den anderen nach sich“ sollten die verbrecherische Vorgehensweise der NS-Regierung in der Pogromnacht rechtfertigen.

„Wir hoffen, dass sie, [nämlich] die schädlichen und verbrecherischen Parasiten in unserem Volke, einmal ganz daraus verschwunden sein werden. Das heuchlerische Wehgeschrei, das in manchen Ländern über die Maßnahme Deutschlands gegen die Juden angestimmt wird, ist völlig fehl am Platz. Das lehrt uns unsere Geschichte. Unsere Zeit folgt nur dem, was das Mittelalter gegenüber dem Juden „aus billigen Ursachen“ für notwen-

dig hielt: „Und wenn es heute allgemeiner, konsequenter und unnachgiebiger geschieht, so geschieht es nur um der Gesund-, und Reinerhaltung unseres in der Rassenfrage wissend gewordenen Volkes Willen“.⁶⁰

Es ist ein weiteres charakteristisches Merkmal dieses Kapitels der Aalener Stadtgeschichte, dass die durch Partei und Staatsbehörden an die Kandare genommene Bevölkerung in der Kocherstadt einer solchen infamen Vereinnahmung öffentlich nicht zu widersprechen wagte.

R. Schurig

Anmerkungen

¹ vgl. hierzu wie im Folgenden: StAL EL903/1 Bü14.

² vgl. Roland Schurig, Zwischen Abhängigkeit, Ideologie und Selbstbehauptung. Die Stadtverwaltung in den Jahren 1935-1939. In: Aalener Jahrbuch 2006-2008, S. 86 ff.

³ vgl. Kocher- und Nationalzeitung v. 21.02.1938.

⁴ vgl. ebda. v. 22.02.1937.

⁵ vgl. ebda. v. 27.02.1937.

⁶ vgl. (wie Anm.1).

⁷ vgl. (wie Anm. 3) v. 21.04.1937.

⁸ vgl. ebda. v. 5.12.1936.

⁹ vgl. ebda. v. 23.05.1937.

¹⁰ vgl. Thomas Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46. Stuttgart 1986, S. 343f., u. Paul Sauer, Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Ulm 1975, S. 120f.

¹¹ vgl. (wie Anm. 3) v. 19.10.1937.

¹² vgl. ebda. v. 20.01.1938.

¹³ vgl. ebda. v. 21.02.1938.

¹⁴ vgl. ebda. v. 18.09.1936.

Zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung: Gerold Abrosius, Von Kriegswirtschaft zu Kriegswirtschaft (1914-1945). In: Michael North (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick. S. 339f.

¹⁵ vgl. (wie Anm. 3) v. 18.09.1936.

¹⁶ vgl. (wie Anm. 14). S. 340ff.

¹⁷ vgl. (wie Anm. 3) v. 10.09.1936.

¹⁸ vgl. ebda. v. 29.09.1936.

¹⁹ vgl. ebda. v. 5.11. u. 21.11.1936.

²⁰ vgl. ebda. v. 4.12.1936.

²¹ vgl. ebda. v. 16.12.1936.

²² vgl. ebda. v. 21.11.1936.

²³ vgl. ebda. v. 12.07.1939.

²⁴ vgl. ebda. v. 30.05. u. 1.08.1936.

²⁵ vgl. ebda. v. 25.08.1936.

²⁶ vgl. ebda. v. 20.01.1939.

²⁷ vgl. ebda. v. 15.06.1937 u. 29.01.1938.

²⁸ vgl. ebda. v. 17.06.1938.

²⁹ vgl. ebda. v. 22.06.1938.

³⁰ vgl. ebda. v. 16.12.1938.

³¹ vgl. ebda. v. 30.11.1936.

³² vgl. ebda. v. 16.02.1938.

³³ vgl. ebda. v. 19.02. u. 1.11.1938.

³⁴ vgl. ebda. v. 18.7. u. 1.12.1938.

³⁵ vgl. ebda. v. 30.11.1936.

³⁶ vgl. ebda. v. 19.01.1938.

³⁷ vgl. ebda. v. 8.04.1939.

³⁸ vgl. ebda. v. 3.08.1937.

³⁹ vgl. ebda. v. 10.06.1938.

⁴⁰ vgl. Günther Eitel, Arbeit am Volkskörper. Das Gesundheitswesen in Aalen 1933-1938. In: Aalener Jahrbuch 2006-2008, S. 238 ff.

⁴¹ vgl. (wie Anm. 3) v. 2.05.1939.

⁴² vgl. ebda. v. 18.04.1939.

⁴³ vgl. ebda. v. 28.04.1938.

⁴⁴ vgl. ebda. v. 12.10.1938.

⁴⁵ vgl. ebda. v. 27.01.1939.

⁴⁶ vgl. ebda. v. 3.04.1939.

⁴⁷ vgl. ebda. v. 20.06.1938.

⁴⁸ vgl. ebda. v. 4.05.1939.

⁴⁹ vgl. ebda. v. 7.10.1938.

⁵⁰ vgl. ebda. v. 14.10.1938.

⁵¹ vgl. ebda. v. 17.10.1938.

⁵² vgl. ebda. v. 9.07.1935.

⁵³ vgl. ebda. v. 12.07.1935.

⁵⁴ vgl. ebda. v. 19.07.1935.

⁵⁵ vgl. Kreisarchiv Aalen, Bestand Landratsamt Aalen, FL 7613.

⁵⁶ vgl. StA, OA Unterkochen, FL 1185.

⁵⁷ vgl. StA FL 6135.

⁵⁸ vgl. (wie An. 3) v. 5.09.1938.

⁵⁹ vgl. ebda. v. 14.11., 22.11, 23.11. u. 29.11.1938.

⁶⁰ vgl. ebda. v. 7.12.1938.